

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5865

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5865



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Schwarzbuch Linke und Heimatmüde So zerstören sie unsere Schweiz



Positionspapier der Schweizerischen Volkspartei
Oktober 2026

Inhalt

1. Einleitung: Worum es geht. Was auf dem Spiel steht.....	3
2. Masseneinwanderung macht Schweiz kaputt – und die Linken und Heimatmüden wollen noch mehr davon.....	4
3. Milliarden Steuerfranken: Asylchaos ohne Ende	6
4. Kriminelle Ausländer – und ihre heimatmüden Komplizen.....	9
5. Sargnagel für die Eidgenossenschaft: Wie die Allianz der Schweizmüden uns in die EU führen will	13
6. Heimatmüde Armee-Abschaffer verhindern Schutz für Land und Leute	15
7. Steuermilliarden für gescheiterte Energiewende	17
8. Finanzieller und menschlicher Ruin unseres Sozialstaats	19
9. Bürger und Wirtschaft im Würgegriff: Immer mehr Steuern, Abgaben, Vorschriften, Verbote	22
10. Geldverschleuderung ins Ausland	25
11. Penis in der Frauenbadi: Der linke Kulturkampf gegen Tradition und Familie	27
12. Bildungszerfall an den Schulen	30
13. Islamisierung auf dem Vormarsch	31
14. Der linksgrüne Raubzug auf Ihr Portemonnaie	33
15. Schlussfolgerung: SVP wählen, Schweiz-Zerstörung stoppen!.....	40

1. Einleitung: Worum es geht. Was auf dem Spiel steht

Die Schweiz steht am Scheideweg. **Bei den eidgenössischen Wahlen vom 24. Oktober 2027 und bei der Volksabstimmung über das EU-Vertragspaket entscheidet sich die Zukunft unseres Landes. Es geht um Sein oder Nichtsein der Schweiz.**

Die Frage lautet: Halten wir an einer eigenständigen und souveränen Politik fest? Bewahren wir unser Erfolgsmodell – unsere Demokratie, unseren Föderalismus, unsere aussenpolitische Neutralität und Unabhängigkeit? Sichern wir unseren Wohlstand und unsere Innovationskraft?

Oder gehen wir den umgekehrten Weg? Unterwerfen wir uns der EU? Nivellieren wir uns nach unten? Lassen wir uns von Bürokraten und fremden Richtern beherrschen?

Dieser Entscheid fällt nicht in Brüssel, er fällt bei uns. Wir haben es in der Hand. **Wir bestimmen, ob wir den Weg der Schweiz, den Weg der Freiheit wählen. Oder den Weg in die Knechtschaft,** wie es der liberale Ökonom Friedrich August von Hayek formulierte.

Entscheidend wird dabei sein, welche Kräfte sich im Innern durchsetzen. Die kommenden eidgenössischen Wahlen sind Richtungswahlen. **Mit diesem «Schwarzbuch Linke und Heimatmüde» zeigen wir auf, wie die Linken und Heimatmüden unsere Schweiz zerstören. Und was uns noch droht, wenn dieses Lager gestärkt wird.**

Zahlen, Fakten, Parteiprogramme, politische Vorstösse und Positionspapiere belegen es, wir demonstrieren es von Thema zu Thema, von Kapitel zu Kapitel:

- Die Masseneinwanderung würde noch zunehmen – mit all ihren negativen Folgen.
- Die Asylkriminalität würde weiter steigen.
- Die Neutralität würde zertrümmert, die Armee geschwächt.
- Es würden noch mehr Milliarden in die gescheiterte Energiewende gesteckt.
- Der Sozialstaat würde immer mehr ruiniert.
- Bürger und Wirtschaft würden noch stärker in den Würgegriff genommen. Steuern und Abgaben würden massiv erhöht.
- Noch mehr Vorschriften und Verbote würden unsere Freiheit und Lebensqualität beschneiden.
- Es würde noch viel mehr Geld ins Ausland verschleudert.
- Der linke Kulturkampf gegen Tradition und Familie würde verschärft. Der Penis in der Frauenbadi würde Alltag.
- Der Wohlstand würde sinken, die Schweiz würde verarmen.
- Was die Schweiz zur Schweiz macht, würde schrittweise zerstört.

Wollen wir das? Die SVP will es nicht! **Wir werden alles dafür geben, dass die linksgrünen und heimatmüden Schweiz-Zerstörer gestoppt werden. Und dass die Schweiz die Schweiz bleibt.** Der Wahlkampf ist eröffnet!

2. Masseneinwanderung macht Schweiz kaputt – und die Linken und Heimatmüden wollen noch mehr davon

Die Schweiz wird von Zuwanderern überrannt – und dies in einem Ausmass, das der Bundesrat verschwiegen und oder kleingeredet hat. Bei der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit im Jahr 2000 gaukelte er dem Stimmvolk vor, es würden wahrscheinlich «weniger als 8'000 EU-Angehörige pro Jahr» einwandern. Wäre diese Prognose richtig gewesen, wären weniger als 200'000 EU-Zuwanderer gekommen. In Wirklichkeit sind es weit über eine Million.¹

Insgesamt ist die Bevölkerung seit 2000 um beinahe zwei Millionen gewachsen. Das entspricht einer Zunahme um 27 Prozent.² Aktuell strömen jedes Jahr rund 100'000 Personen zusätzlich in unser Land (EU, Drittstaaten, Asyl). Die Zuwanderung in die Schweiz ist derart massiv, dass sie rund 16-mal schneller wächst als das Nachbarland Deutschland.

Diese Masseneinwanderung steht in keinem Verhältnis zu einer gesunden und nachhaltigen Entwicklung. Sie verändert unser Land grundlegend. **Die Schweiz ist nicht mehr wiederzuerkennen – mit einschneidenden Folgen für zentrale Lebensbereiche und für Landschaft und Natur.**

Fremd im eigenen Land

Die Folgen erlebt jeder im Alltag: Die Wohnungsnot steigt, die Mieten werden teurer und sind für Normalverdiener kaum mehr bezahlbar. Die Strassen sind verstopft, die Züge überfüllt. Die Schulen sind am Anschlag, das Bildungsniveau sinkt. Das Landschaftsbild verändert sich. Die Schweiz wird zubetoniert. Grünflächen und Wiesen verschwinden. Die Lebensqualität nimmt ab. An gewissen Orten hört man kaum mehr Schweizerdeutsch. Viele fühlen sich fremd im eigenen Land.

Dazu trägt auch bei, dass an manchen Schulen keine Weihnachtslieder mehr gesungen werden,³ dass immer mehr Frauen und teilweise schon Mädchen mit Kopftüchern herumlaufen und dass es in Badis zu Diebstählen und Belästigungen durch ausländische Besucher kommt. **International Schlagzeilen machte die Gemeinde Pruntrut, als sie ein vorübergehendes Verbot für Ausländer aus dem nahen Frankreich verhängen musste, um einen ordentlichen Badebetrieb aufrecht erhalten zu können.⁴**

Schweizer Pass für Millionen von Ausländern?

Trotz dieser Entwicklung lehnten Linke und Heimatmüde die Nachhaltigkeitsinitiative («Keine 10-Millionen-Schweiz!») ab.

¹ <https://www.avenir-suisse.ch/blog-die-schweiz-waechst/>

² [260324 Argumentarium-ohne-QA-DE.pdf](#)

³ <https://www.20min.ch/story/schule-verbannt-drei-lieder-von-adventsfeier-939359048181>

⁴ <https://www.srf.ch/news/schweiz/kein-zutritt-fuer-franzosen-das-badi-verbot-von-pruntrut-sorgt-fuer-schlagzeilen>

Sie widersetzen sich einer eigenständigen Steuerung der Zuwanderung und tragen aktiv dazu bei, dass die negativen Folgen der Masseneinwanderung sich noch verschärfen – **Schweiz-Zerstörung mit Absicht und Ansage**. Statt die Zuwanderung massvoll und bedürfnisorientiert zu gestalten, wollen Linke und Heimatmüde die Schleusen noch weiter öffnen. Ihr erklärtes Ziel ist es, noch mehr Migranten ins Land zu holen. «Die Schweiz muss europäisch koordiniert mehr Kriegs- und Krisengeflüchtete aufnehmen», verlangt die SP Schweiz.⁵ Gleichzeitig will sie die Voraussetzungen für Einbürgerungen lockern. Und sie verlangt die «Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländer:innen nach fünf Jahren Aufenthalt in der Schweiz». Die SP beklagt sich darüber, dass «mehr als 25 Prozent der Menschen, die hier leben, keinen Schweizer Pass» haben und unterstützt «offensiv» die linke Demokratie-Initiative («Für ein modernes Bürgerrecht»), die dies verlangt. **Dabei sind seit dem Jahr 2000 schon über eine Million Personen eingebürgert worden.**⁶ Der parteipolitische Hintergedanke dabei ist offensichtlich: Die SP erhofft sich durch die beschleunigte Masseneinbürgerung von mehreren Millionen Ausländern Zuwachs für ihre Wählerklientel. Dass die Schweiz so noch attraktiver wird für Zuwanderer aus aller Welt und dass sich die Probleme der Massenzuwanderung noch dramatischer zuspitzen, nimmt sie dafür in Kauf.

Grüne wollen illegale Migration legalisieren

Ins selbe Horn stossen die Grünen. **Auch sie wollen noch mehr Einwanderer anlocken.** Die Schweiz nutze das Potenzial der Migration «noch zu wenig», verkünden sie.⁷ Sie gehen gar so weit, zu fordern, dass die Schweiz die illegale Migration legalisieren und «legale und sichere Migrationswege schaffen» müsse.

Mit anderen Worten: Wer kommen will, kann kommen. **Horden illegaler Einwanderer, wie sie Ende Juli 2026 die spanische Stadt Ceuta stürmten, wären nach diesen Plänen willkommen.** Auch SP-Co-Präsident Cédric Wermuth forderte «Solidarität» mit den Eindringlingen. Potenziell soll die Schweiz für die ganze Welt offen sein.

Daueraufenthalt für 670'000 EU-Bürger

Doch diese selbstzerstörerische Politik ist kein linkes Privileg: Heimatmüde aller Parteien bis hinauf zum Bundesrat treiben die ungesteuerte Einwanderung weiter voran, statt ihr Einhalt zu gebieten. Die neuen EU-Verträge sehen ein Daueraufenthaltsrecht für 670'000 EU-Bürger vor. Und diese werden rechtlich gleichgestellt mit den Schweizern.

Auch der Familiennachzug soll erleichtert werden. Generell würde die Zuwanderung durch ein Ja zu den Verträgen noch weiter angeheizt.

⁵ <https://www.sp-ps.ch/wofuer-wir-stehen/themen-a-z/migration-und-integration/>

⁶ <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/publiservice/statistik/auslaenderstatistik/einbuengerungen.html>

⁷ <https://gruene.ch/gesellschaft/migration-und-integration/migration-und-integration>

Fazit

Obwohl die massiven negativen Folgen der Masseneinwanderung täglich spürbar sind und zu grossen Problemen führen, wollen Linke und Heimatmüde noch mehr davon. **FDP-Nationalrat Simon Michel will sogar eine «politische Diskussion» über den EU-Unterwerfungsvertrag vermeiden.** Nur eine Stärkung der SVP kann diesen Wahnsinn stoppen.

3. Milliarden Steuerfranken: Asylchaos ohne Ende

Das Schweizer Asylwesen kostet Milliarden von Steuerfranken – und funktioniert hinten und vorne nicht. Es beginnt beim Grundsätzlichen: Die weltweiten Migrationsbewegungen nehmen massiv zu. Luxus-Sozialstaaten mit weitgehend offenen Grenzen wie die Schweiz wirken dabei wie ein Magnet. Gleichzeitig gibt es keine saubere Trennung zwischen Asyl- und Migrationspolitik. **Unter dem Deckmantel des Asyls strömen Wirtschaftsmigranten illegal in unser Land und leben hier vom Steuerzahler.** Diese verfehlte Asylpolitik führt zu explodierenden Kosten, mehr Kriminalität und Gewalt und zu gesellschaftlichen Verwerfungen.

Dabei werden Sinn und Geist des Asylrechts ausgehöhlt: Es wurde geschaffen, um aus politischen Gründen an Leib und Leben Verfolgten vorübergehend Schutz zu gewähren. Und nicht als Einfallstor für illegale Massenzuwanderung und Kriminelle.

Doch auch der Vollzug funktioniert nicht. Schengen funktioniert nicht. Dublin funktioniert nicht. Nach den internationalen Regeln müssen Asylbewerber dort einen Antrag stellen, wo sie zuerst den Fuss auf europäischen Boden setzen. Demnach könnten Asylbewerber eigentlich nur auf dem Luftweg in die Schweiz gelangen. Trotzdem kommen sie jährlich zu Zehntausenden auf dem Landweg. **Die Grenzen sind offen wie Scheunentore. Und sobald sie in Chiasso oder sonst irgendwo «Asyl, Asyl» sagen, läuft die administrative Maschinerie an.** Dann haben sie es geschafft.

100 000 Illegale

Denn selbst wenn sie am Ende des langwierigen Asylverfahrens nicht als Flüchtlinge anerkannt werden, bleiben die meisten hier.

Gerichte, Kantone, linksgrüne NGOs und die Parlamentarier der heimatmüden Parteien hintertreiben die vom Volk beschlossene Ausschaffung krimineller Ausländer.

Die vom damaligen FDP-Präsidenten Philipp Müller versprochene «pfefferscharfe Umsetzung» der Ausschaffungsinitiative war nichts als Fake News. Es brauchte Jahre und zahlreiche Vorstösse der SVP, bis der Bund überhaupt konkrete Zahlen nennen konnte und wollte, wie viele kriminelle Ausländer ausgeschafft werden («Strichli-Liste»)⁸

⁸ <https://www.nau.ch/politik/bundeshaus/strichli-liste-in-diese-lander-schafft-die-schweiz-am-meisten-aus-66869524>

Rückweisungen scheitern, Herkunftsstaaten weigern sich, die Landsleute zurückzunehmen. Viele tauchen unter. Gemäss einer Studie im Auftrag des Staatssekretariats für Migration (SEM) aus dem Jahr 2015 lebten damals zwischen 58 000 und 105 000 Menschen als «Sans-Papiers» in der Schweiz.⁹ Inzwischen dürfte die Zahl der Illegalen noch zugenommen haben.

Das ist auch ein Sicherheitsrisiko: **Während man in der Schweiz jederzeit weiss, wo sich jede Kuh aufhält, haben viele Asylbewerber keine Papiere und verschleiern ihre Identität.** Man weiss nicht, wer sie sind – und dann verschwinden sie noch im Untergrund.

Vorläufig aufgenommen – für immer

Die Misere zeigt sich auch bei den «vorläufig Aufgenommenen». Diese gelten zwar nicht als Flüchtlinge, dürfen aber aus verschiedenen Gründen trotzdem bleiben – obwohl sie einen negativen Asylentscheid bekommen haben. Die Erfahrung zeigt: «Vorläufig» heisst meist für immer. **«Man schätzt, dass 90 Prozent der vorläufig Aufgenommenen längerfristig in der Schweiz bleiben», schreibt das Uno-Flüchtlingskomitee UNHCR.¹⁰ Laut der Asylstatistik des Staatssekretariats für Migration befanden sich Ende 2025 42'275 vorläufig Aufgenommene in der Schweiz.¹¹ Das entspricht der Einwohnerzahl von Städten wie Chur oder Thun.**

Jans kann's nicht und will's nicht

Trotz diesem Systemversagen schaut der verantwortliche heimatmüde SP-Bundesrat Beat Jans dem Treiben tatenlos zu und behauptet gar noch, alles im Griff zu haben. «Die Zahlen sagen das Gegenteil», stellt die «Neue Zürcher Zeitung» klar.¹² **«Zehntausende illegal Eingereiste leben im Land, Kantone und Gemeinden sind am Anschlag. Wie lange kann sich die Schweiz das noch leisten?»,** fragt die NZZ.

Inzwischen leben **mehr als 235 000 Menschen im Asylbereich**, rechnet die NZZ vor. Das sind dreimal so viele wie noch vor fünfzehn Jahren.

Nebst den Ukrainern liege dies vor allem daran, dass konstant zwischen 20 000 und 30 000 Asylgesuche pro Jahr eingereicht werden. Das stelle das Land vor «grosse Probleme». Allein im Kanton Zürich befanden sich per 30. Juni 2026 35 000 Personen im Asylprozess.

Wie dramatisch die Lage ist, illustriert das Beispiel des Kantons Aargau. Dort wurde im Januar 2023 die «Asylnotlage» ausgerufen. Sie gilt bis heute.

⁹ Sans-Papiers in der Schweiz 2015, S. 1

¹⁰ <https://www.unhcr.org/ch/sites/ch/files/legacy-pdf/Bleiben-vorlaufig-Aufgenommene-nur-vorlaufig-in-der-Schweiz-1.pdf>

¹¹ SEM-Asylstatistik, S. 15

¹² <https://www.nzz.ch/schweiz/asylkrise-haben-wir-wirklich-alles-im-griff-wie-bundesrat-beat-jans-insinuiert-die-zahlen-sagen-das-gegenteil-ld.10018259>

Am Ende trifft es die Gemeinden – und die Menschen, die dort leben. Die Direktorin des Schweizerischen Gemeindeverbands, Claudia Kratochvil, warnte in der «NZZ am Sonntag» schon im vergangenen Jahr vor einem **«Kollaps des Asylsystems»**.¹³ Geändert hat sich nichts. Jans kann's nicht und will's nicht. Seine Heimat ist die Welt, nicht die Schweiz. Umso dreister sind seine politischen Lügen: von den Afghaninnen mit Pauschalasyl bis zu den Maghreb-Kriminellen und dem EU-Vertrag.¹⁴

Alles wird bezahlt

Derweil steigen die Kosten für die Steuerzahler ins Unermessliche. Allein der Bund gibt jährlich 3,5 Milliarden Franken für das Asylwesen aus, ohne die Kosten für den Strafvollzug. Das sind rund 1'600 Steuerfranken für einen vierköpfigen Haushalt. Wie hoch die Kosten bei Kantonen und Gemeinden liegen, wird nicht transparent erfasst. Sicher ist: **Ein Grossteil der Personen im Asyl- und Flüchtlingsbereich arbeitet nicht und lebt auf Kosten derer, die jeden Morgen aufstehen, arbeiten und Steuern zahlen.**

Umso grosszügiger ist das Angebot des Schweizer Sozialstaats: Der Steuerzahler finanziert den Asylanten nicht nur den allgemeinen Lebensunterhalt. Auch die Wohnkosten werden übernommen sowie alle Sozialversicherungsbeiträge inklusive Krankenkassenprämien. Dazu kommen weitere Auslagen für Möbel, Schulutensilien, Baby-Artikel, Anwaltskosten, Gebühren, Brillen, Haushalt- und Haftpflichtversicherung, Zahnarztbehandlungen usw. Oftmals macht das «Kindwohl» den steuerfinanzierten Besuch der Kita oder von Spielgruppen notwendig.

400 000 Franken für eine Asylfamilie

Ein einzige Asylfamilie im toggenburgischen Wattwil verursacht der Gemeinde Kosten von rund 400'000 Franken – pro Jahr! Und was tat die SP? Sie versuchte sofort, den Gemeindepräsidenten mundtot zu machen.¹⁵ Rechnet man die jährliche Belastung herunter auf einen durchschnittlichen Steuerbetrag, der in der Gemeinde rund 4000 Franken beträgt, so zeigt sich das ganze Ausmass dieses Asylwahnwitzes: **Hundert Wattwiler arbeiten ein Jahr lang nur für diese eine Asylfamilie.**¹⁶

Ein weiteres Fass ohne Boden sind die Spezialklassen, sonderpädagogischen Massnahmen und integrativen Modelle im Bildungsbereich.¹⁷ Noch teurer wird's, wenn die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) einschreitet.

Hinzu kommen die ebenfalls nicht erhobenen Kosten für Gerichtsverfahren, Gefängnisaufenthalte und Anwälte. Der Clou:

¹³ <https://www.nzz.ch/schweiz/es-droht-ein-kollaps-des-asylsystems-sagt-claudia-kratochvil-die-neue-direktorin-des-gemeindeverbands-ld.1865141>

¹⁴ <https://weltwoche.ch/daily/beat-jans-im-faktencheck-der-sp-bundesrat-behauptet-dass-sich-unter-den-eu-auslandschweizern-viele-studenten-befaenden-stimmt-das/>

¹⁵ <https://www.blick.ch/politik/sozialkosten-an-beispiel-von-fluechtlingsfamilie-erklaert/3czevew>

¹⁶ <https://weltwoche.ch/story/hundert-wattwiler-schuften-fuer-eine-familie/>

¹⁷ <https://www.svp.ch/aktuell/parteizeitung/2024-2/svp-klartext-august-2024/kosten-im-asylwesen-transparenz-erwuenscht/>

Sind Asylbewerber mit einem Entscheid des Schweizer Staats nicht einverstanden, können sie auf Kosten dieses Schweizer Staats gegen diesen Schweizer Staat rekurrieren. Ein Heer von Flüchtlingshelfern und Beratern aus dem linksgrünen, häufig noch subventionierten sowie steuerbefreiten NGO-Lager zeigt ihnen Tipps und Tricks, wie sie am besten vorgehen und am meisten Steuergeld herauspressen können.

SP: «Mehr Kriegs- und Krisengeflüchtete aufnehmen»

Die Linken und Heimatmüden verschliessen vor diesen eklatanten Missständen nicht nur die Augen, sie lehnen durchs Band jede Verbesserung und Verschärfung im Asylwesen ab. Die heimatmüde linke Asyllobby, die kräftig mitprofitiert vom milliardenteuren Asylchaos, läuft Sturm gegen die Grenzschutzinitiative, die das kranke und verkehrte System vom Kopf auf die Füsse stellen und den Asylmissbrauch endlich stoppen will.¹⁸ **Auch der Gesamtbundesrat, FDP, Mitte, Grünliberale lehnen die Initiative ab – womit sie einfach weiterwursteln und das Schweizervolk verantwortungslos der unkontrollierten und gefährlichen Asyl-Migration aussetzen. Und dafür werden noch Milliarden Franken Steuergelder verbrennt.**

Für die Heimatmüden kann es nicht genug Asylbewerber, Flüchtlinge, Illegale und Untergetauchte in der Schweiz geben. Die SP fordert: «Die Schweiz muss europäisch koordiniert mehr Kriegs- und Krisengeflüchtete aufnehmen.»¹⁹ Und dazu noch die halbe Welt unter dem Schwamm-begriff «Klimaflüchtlinge». Die Grünen wollen die Schleusen ebenfalls noch weiter öffnen. Sie verlangen einen «erleichterten Zugang zum Asylverfahren» und die «Wiederaufnahme und Erhöhung der Resettlement-Kontingente»,²⁰ also **eine «dauerhafte Neuansiedlung»²¹ in der Schweiz inklusive Abholung per Flugzeug – wahrscheinlich mit Klima-Abgabe. Alles bezahlt vom Schweizer Steuerzahler.**

Fazit

Das Motto der linken und heimatmüden Asylpolitiker lautet also: «Mehr, mehr, mehr». **Jede Begrenzung und Kontrolle wird abgelehnt. Jeder, der kommen will, soll kommen dürfen. Die Schweiz soll als Asyl- und Migrations-Eldorado noch attraktiver werden.**

4. Kriminelle Ausländer – und ihre heimatmüden Komplizen

Es klingt unglaublich, aber es ist wahr. **80.5 Prozent der Asylmigranten aus Nordafrika sind in der Schweiz in Strafverfahren verwickelt.**

¹⁸ <https://grenzschutzinitiative.ch>

¹⁹ <https://www.sp-ps.ch/wofuer-wir-stehen/themen-a-z/migration-und-integration/>

²⁰ <https://gruene.ch/positionspapier/menschenwuerdige-asyl-und-migrationspolitik>

²¹ <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/asyl/resettlement.html>

Diese Zahl publizierte der «Blick» für das Jahr 2024.²² Die Quelle: eine interne Auswertung des Staatssekretariats für Migration (SEM) im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement von SP-Bundesrat Jans. «Nur ein Fünftel dieser Personengruppe fiel während ihres Aufenthalts in der Schweiz nicht straffällig auf», schreibt das SEM in dem Papier. In absoluten Zahlen heisst das: **Von 4299 Asylsuchenden aus dem Maghreb wurden 3462 einer Straftat beschuldigt.**

Damit sind die Asylbewerber aus dieser Region noch deutlich stärker kriminell als bisher bekannt. Eine ebenfalls im Behördenauftrag erstellte Studie des Beratungsbüros Ecoplan ging 2025 von einer Kriminalitätsrate von 60 Prozent aus – was schon unvorstellbar hoch war.²³ «Obwohl sich die Personen aus dieser Gruppe kaum mehr als zwei Monate in der Schweiz befinden, werden knapp 60 Prozent von ihnen in dieser kurzen Zeitdauer einer Straftat beschuldigt», heisst es in dem Bericht. Jans und seine Beamten hatten die Zahlen monatelang versteckt und erst unter medialem Druck veröffentlicht.

«Serienweise Serientäter»

Es handle sich um eine «eigentliche Problemgruppe» junger Männer aus Marokko, Algerien und Tunesien, die sich selbst als «Harraga» bezeichneten, was so viel bedeute wie «jene, die ihre Papiere verbrennen». **Die «Weltwoche»²⁴ nannte diese Asylkriminellen eine «politische Bombe», was dann auch die «Neue Zürcher Zeitung»²⁵ so zitierte. Weiter sprach diese von «serienweise Serientätern».**

Wie irrwitzig die Lage ist, zeigt sich zusätzlich daran, dass diese Asylkriminellen gar keine Flüchtlinge sind. Das belegen die offiziellen Anerkennungsquoten. **Von «null Prozent Asyl-Chance» spricht die NZZ.** Gemäss Zahlen des Staatssekretariats für Migration stellten 2025 2127 Algerier ein Asylgesuch in der Schweiz – bewilligt wurden nur 0,3 Prozent.

Und was tut Bundesrat Jans? Obwohl die offiziellen Zahlen und Fakten das Gegenteil belegen, behauptet er, alles im Griff zu haben. Und er will auch nichts Wirksames gegen die unhaltbaren Zustände tun, die die Schweiz zu einem zunehmend unsicheren Land machen.

²² «80 Prozent der Maghreb-Asylsuchenden in Strafverfahren verwickelt!», 20.8.2026.

<https://www.blick.ch/politik/blick-zeigt-exklusive-zahlen-80-prozent-der-nordafrikaner-sind-kriminell-id22194802.html>

²³ Analyse des Gesamtsystems Asyl, Schlussbericht, 10.9.2025.

<https://www.sem.admin.ch/dam/sem/de/data/asyl/asylstrategie-2027/asylstrategie-2027-schlussber-analyse.pdf.download.pdf/asylstrategie-2027-schlussber-analyse-d.pdf>

²⁴ «60 Prozent!», 18.3.2026 <https://weltwoche.ch/story/sechzig-prozent/>

²⁵ «Null Prozent Asyl-Chance, aber Tausende Strafbefehle», 4.4.2026. <https://www.nzz.ch/schweiz/null-prozent-chance-hundert-prozent-aufwand-die-schweiz-gibt-100-000-franken-fuer-sie-aus-am-ende-hassen-sie-das-land-trotzdem-id.1932209>

Die Diebe – 80 Prozent sind Ausländer²⁶ – und Verbrecher kommen nur deshalb in Scharen hierher, weil sie wissen, dass sie unter dem Vorwand des Asyls ungehindert einreisen und ihre kriminellen Aktivitäten aufnehmen können.

Jans verschweigt die Missstände vorsätzlich und verbreitet gegenteilige Legenden. Kriminalität sei ein Problem junger Männer. Als ob 80 Prozent der jungen Schweizer kriminell würden.

Das absolute Recht auf ein individuelles Asylverfahren wird ad absurdum geführt – und Jans hält stur daran fest. Dessen Abschaffung würde die «Menschenwürde im Kern aushöhlen», behauptet er.²⁷ **Als ob es ein Menschenrecht darauf gäbe, mit kriminellen Absichten in unser Land zu kommen und das Asylrecht zu missbrauchen.** Wer – wie Jans und die heimatmüde Mehrheit im Parlament – diesen Missbrauch zulässt, macht sich mitschuldig an den dadurch verursachten Verbrechen. Er betreibt Täterschutz, statt die Bevölkerung zu schützen.

120-mal höhere Kriminalitätsrate

Das Extrembeispiel der Nordafrikaner veranschaulicht ein generelles Phänomen: Kriminalität und Gewalt in der Schweiz sind weitgehend importiert. Und die Linken und ihre heimatmüden Mitläufer und Mehrheitsbeschaffer verschliessen davor die Augen, reden alles schön, blocken praktisch jeden Vorstoss der SVP ab.

Fakt ist: Gegen drei Viertel der Gefängnisinsassen in der Schweiz haben keinen Schweizer Pass, und von den Schweizern wiederum haben viele einen Migrationshintergrund.²⁸

Die Polizeiliche Kriminalstatistik zeigt: Von 92'147 Personen, die in der Schweiz 2025 einer Straftat beschuldigt worden sind, sind 53'326 Ausländer. Das entspricht fast 58 Prozent.²⁹ Ausländische Straftäter sind demnach eklatant übervertreten. Das gilt insbesondere für den Asylbereich.

«Asylsuchende begehen 6 Prozent aller Delikte – dabei machen sie kein Prozent der Bevölkerung aus», hält die NZZ fest.³⁰ 20 Prozent der Beschuldigten sind «übrige Ausländer»: Asylsuchende mit Ausreisepflicht, illegal Anwesende ohne Asylverfahren sowie Kriminaltouristen.

Der forensische Psychiater Frank Urbaniok rechnet in seinem Buch «Schattenseiten der Migration» (2025) vor, dass 2023 die Kriminalitätsrate bei Algeriern sage und schreibe 120-mal höher gewesen ist als bei Schweizern, bei Marokkanern 36-mal und bei Rumänen 12-mal.

²⁶ <https://www.20min.ch/story/strafurteilsstatistik-80-prozent-der-verurteilten-diebe-haben-keinen-schweizer-pass-103646180>

²⁷ Asylminister Beat Jans kündigt härtere Gangart an, 20.8.2026. <https://www.nzz.ch/schweiz/asylminister-beat-jans-kuendigt-haertere-gangart-an-wir-muessen-die-gesetze-verschaerfen-um-die-justiz-im-umgang-mit-intensivtaetern-zu-entlasten-ld.10019946>

²⁸ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/en/home/statistics/catalogues-databases.assetdetail.36531838.html>

²⁹ Polizeiliche Kriminalstatistik 2025. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kriminalitaet-strafrecht/polizei.assetdetail.36388117.html>

³⁰ Asylkrise: Hat die Schweiz wirklich alles im Griff, wie Bundesrat Beat Jans insinuiert? Die Zahlen sagen das Gegenteil, 10.8.2026. <https://www.nzz.ch/schweiz/asylkrise-haben-wir-wirklich-alles-im-griff-wie-bundesrat-beat-jans-insinuiert-die-zahlen-sagen-das-gegenteil-ld.10018259>

Besonders erschreckend ist der massive Anstieg bei schweren Gewaltdelikten (plus 8 Prozent). «Auch bei Vergewaltigungen wurde mit 1'402 Straftaten ein deutlicher Anstieg festgestellt», schreibt die Konferenz der Kantonalen Polizeikommandantinnen und -kommandanten der Schweiz.³¹ **Der Trend ist seit Jahren ungebrochen: Schwere Gewalttaten und Sexualdelikte nehmen rasant zu.**

Komplizen der Verbrecher

Die Fakten liegen auf dem Tisch, aber ausser der SVP kümmert sich keine Partei ernsthaft darum, die Schweiz wieder sicherer zu machen und die Ursachen der explodierenden Kriminalität anzupacken.

In der Asylsonderdebatte vom September 2026 lehnten die anderen Parteien mehrere SVP-Vorstösse ab, die mehr Sicherheit und weniger Kriminalität gebracht hätten, so ein obligatorischer Landesverweis bei längerfristigen Freiheitsstrafen oder ein Vetorecht für Standortgemeinden von Asylunterkünften.³² **Linke und Grüne stimmen auch dagegen, dass Doppelbürgern die Schweizer Staatsbürgerschaft entzogen wird, wenn sie wegen schwerster Verbrechen, Terrorismusunterstützung oder der Beteiligung an einer extremistischen Organisation verurteilt wurden.** Ausländer stehen unter linkem Heimatschutz, auch wenn es sich um Schwerkriminelle und Terroristen handelt.

Funiciello schützt Schläger

Linke Wortführer wie die extrem linke SP-Nationalrätin Tamara Funiciello leugnen systematisch Fakten und Realität und rufen jene in den eigenen Reihen zur Ordnung, die auch nur ansatzweise daran denken, die Politik auf Tatsachen zu gründen. «In dem Moment, in dem ich sage: <Ich bin kein Rassist, aber irgendwie haben sie ja schon recht> oder <In der Statistik zu geschlechtsspezifischer Gewalt sind sicher ganz viele Ausländer unter den Tätern>, bin ich schon auf der falschen Seite», sagte Funiciello in der «Wochenzeitung».³³

Nach dieser linken Logik hat die Ausländerkriminalität absolut rein gar nichts mit Ausländern zu tun. Willkommen in Absurdistan, willkommen in der Schweiz des Jahres 2026!

Warum wohl will eine Funiciello den Blick in die Statistik zu häuslicher Gewalt verbieten und warum wohl erklärt sie jeden vorsorglich zum Rassist, der auf dem Boden der Tatsachen bleibt? Ganz einfach: Weil die statistischen Daten zeigen, dass häusliche Gewalt ebenfalls überwiegend ein Ausländerproblem ist.

³¹ <https://www.kkpks.ch/de/meldungen/polizeiliche-kriminalstatistik-pks-jahresbericht-2025-351>

³² <https://www.svp.ch/aktuell/publikationen/medienmitteilungen/asyl-dank-der-svp-erhoeht-das-parlament-den-druck-auf-asylvorsteher-jans/>

³³ «Jetzt müssen wir erst mal die Geschichte aufhalten», 8.1.2026. <https://www.woz.ch/2602/tamara-funiciello/jetzt-muessen-wir-erst-mal-die-geschichte-aufhalten/!XTQ3QF61F18J>

Die Belastungsrate, die sich auf die Anzahl Beschuldigter pro 10'000 Einwohner bezieht, zeigt gemäss Polizeilicher Kriminalstatistik für das Jahr 2024 folgendes Bild: Bei den ausländischen Männern beträgt sie 33.3, bei Schweizer Männern 12.6. Und während Funicello und die vereinigte Linke häusliche Gewalt zu einem «Männerproblem» erklären, entnehmen wir der Statistik: **Ausländerinnen (13.2) sind zu Hause nicht nur 3-mal gewalttätiger als Schweizerinnen (4.4), sie sind sogar gewalttätiger als Schweizer Männer.**³⁴ Auch die Gewalt in den eigenen vier Wänden ist also in erster Linie ein Ausländerproblem. Trotzdem lehnten SP und Grüne im Parlament ausdrücklich einen Vorstoss ab, der eine Landesverweisung für Officialdelikte im häuslichen Bereich forderte³⁵.

Fazit

Das Versagen der Linken und Grünen und ihrer pseudobürgerlichen heimatmüden Partner wiegt schwer: **Mit ihrer Duldung von Kriminalität und Gewalt und mit ihrer Weigerung, wirksame Gegenmassnahmen zu treffen, sind sie politisch verantwortlich dafür, dass in der Schweiz immer mehr Frauen und Mädchen vergewaltigt, immer mehr Menschen Opfer schwerer Gewaltstraftaten und von Einbrüchen und Diebstählen werden.** Als politische Komplizen der Verbrecher haben sie neben dem Schmerz und dem Leid der Betroffenen auch die Zerstörung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung zu verantworten. **Wer Linke und Heimatmüde wählt, wählt einen Freipass für Kriminelle aus aller Welt.**

5. Sargnagel für die Eidgenossenschaft: Wie die Allianz der Schweizmüden uns in die EU führen will

Mit dem **Etikettenschwindel der «Bilateralen III»** will der Bundesrat die Schweiz der EU unterwerfen – unter dem Applaus der Heimatmüden (Linken, Grünen, Grünliberalen und allzu vieler Politiker der Mitte und der FDP). Sie verkaufen dies als «Stabilisierung des bilateralen Wegs». In Tat und Wahrheit erlebt das vom Bundesrat selbst beerdigte Rahmenabkommen mit den neuen Verträgen seine Auferstehung.

Der institutionelle Kern der Abkommen ist in nichts harmloser geworden, im Gegenteil: **Er sieht die «dynamische» Übernahme von EU-Recht vor, installiert den Europäischen Gerichtshof – also das Gericht der Gegenseite – als letzte Instanz in Streitfragen und schränkt unsere direkte Demokratie und unseren Föderalismus ein.**

³⁴ «Ausländische Frauen häufiger gewalttätig als Schweizer Männer», 20 Minuten, 6.2.2026.

<https://www.20min.ch/story/haeusliche-gewalt-auslaendische-frauen-haeufiger-gewalttaetig-als-schweizer-maenner-103500425>

³⁵ [vote_52_32013.pdf](#)

Verhält sich das Schweizer Stimmvolk nicht so, wie es Brüssel gerne hätte, kann die EU «Ausgleichsmassnahmen» gegen die Schweiz verhängen. **Demokratie unter dem Damoklesschwert. Volksentscheide unter Strafandrohung. Und dafür müssen wir erst noch Milliarden bezahlen.**

EU-Beitritt als «beste Option» - Gaht's no?

Für die Linken und Heimatmüden geht das aber immer noch zu wenig weit. **«Der EU-Beitritt bleibt die beste Option für die Schweiz», erklären die Sozialdemokraten.³⁶ Die neuen Verträge bezeichnen sie lediglich als «Zwischenschritt».³⁷**

Und sie geben gleich auch zu, was der eigentliche Grund für den von ihnen angestrebten Beitritt ist: Brüssel verfolge in vielen Bereichen eine «progressivere» Politik als die Schweiz.

Einen solchen **Ausverkauf der Eidgenossenschaft** wollen auch die Grünen herbeiführen («Wir Grüne sind eine europäische Partei»)³⁸ Und auch ihnen geht es letztlich darum, den Schweizer Souverän via Brüsseler Bande auszuspielen. So klagen sie, «die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union in der Klimapolitik» werde «vom Bundesrat und dem Parlament immer wieder ausgebremst». Lästige Schweizer Demokratie!

Die Beitrittsabsichten der Grünen halten sich bis in die Gegenwart – ungeachtet der vielfältigen Probleme der EU. «Die Grünen befürworten weiterhin den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union», konnte man schon vor 20 Jahren lesen.³⁹ Und heute sagt Grünen-Präsidentin Lisa Mazzone: ««Wir müssen über einen EU-Beitritt reden.»⁴⁰ **Mazzone will die Schweiz insbesondere in die Militär-EU einbinden. Sie träumt allen Ernstes vom Anschluss der Schweiz an diese «Grossmacht».**

Bei der grünliberalen Halbschwester klingt es ähnlich. Ihre Aussenpolitik stellen die Grünliberalen unter das Motto «Mehr Europa wagen».⁴¹ **Mehr Schweiz und Heimat zu wagen, kommt ihnen offenbar nicht in den Sinn.** Dabei ist die Eidgenossenschaft der Europäischen Union in sämtlichen volkswirtschaftlichen Kennzahlen weit voraus – von tieferer Inflation über tiefere Arbeitslosigkeit, tiefere Steuern, tiefere Staatsschulden bis hin zu einem markant höheren Pro-Kopf-Einkommen und höherer Kaufkraft.⁴² **Trotzdem behauptet Mitte-Nationalrat und Parteipräsident Philipp Matthias Bregy, der EU-Unterwerfungsvertrag sei «alternativlos».⁴³ Was für eine Bankrotterklärung!**

³⁶ <https://www.sp-ps.ch/wofuer-wir-stehen/themen-a-z/europa-und-aussenpolitik/>

³⁷ <https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2022/11/Europa-Papier-final-deutsch-1.pdf>

³⁸ <https://gruene.ch/gesellschaft/europa/europa>

³⁹ <https://www.swissinfo.ch/ger/schweizer-politik/gruene-wollen-einer-oekologischeren-eu-beitreten/5410744>

⁴⁰ <https://www.srf.ch/news/schweiz/gruenen-praesidentin-mazzone-wir-muessen-ueber-einen-eu-beitritt-reden>

⁴¹ <https://glp.swiss/politik/themen/europa/>

⁴² <https://www.flossbachvonstorch-researchinstitute.com/de/studien/detail/was-die-schweiz-wirtschaftspolitisch-erfolgreicher-macht-als-deutschland>

⁴³ <https://www.svp-zuerich.ch/artikel/alternativlos-ist-kein-argument/>

Fazit

Linke und Heimatmüde befürworten die Unterwerfung unter das zentralistische und demokratisch nur schwach legitimierte Regime Brüssels, in dem die übermächtige Kommission und die grossen Mitgliedsländer den Ton angeben. Das Endziel dieser Parteien bleibt erklärtermassen der EU-Beitritt. Die Schweiz als liberale «Antithese» (Herbert Lüthy) zu diesem Moloch namens Europäische Union wäre dann definitiv Geschichte.

6. Heimatmüde Armee-Abschaffer verhindern Schutz für Land und Leute

Die linken und heimatmüden Politiker gefährden Frieden und Sicherheit der Schweiz. Das zeigte sich in der Gegnerschaft zur Neutralitätsinitiative: In einer bis zum Freisinn reichenden Allianz unter der Devise «alle gegen die SVP» bekämpfte die federführende SP mit haltloser Polemik («Pro-Putin-Initiative») die Verankerung und Stärkung der Schweizer Neutralität in der Verfassung. Brandmauer nach Schweizer Art.

Das Nein zur Initiative sende das Signal an die umliegenden Länder, dass die Schweiz «Teil der westlichen Rechtsstaats- und Sicherheitsarchitektur» sei, gab Mitte-Ständerätin Marianne Binder-Keller zu Protokoll. Damit pickeln diese Kräfte an einer tragenden Staatssäule der Eidgenossenschaft – und an einem Erfolgsmodell, das sich über Jahrhunderte bewährt hat. Ohne Neutralität gäbe es die Schweiz als unabhängigen Staat nicht. Sie ist Teil der nationalen Identität. Und sie garantiert Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Vor allem auch dank der bewaffneten Neutralität wurden wir von zwei Weltkriegen verschont. All dies setzen die heimatmüden Neutralitätsgegner leichtsinnig und fahrlässig aufs Spiel.

Armee-Gegner Molina gibt den Takt vor

Ausgerechnet, während in Europa wieder ein Krieg tobt und die Gefahr einer Eskalation steigt, soll die Lebensversicherung bewaffnete Neutralität aufgekündigt werden. **Linksaussen-Politiker wie SP-Nationalrat Fabian Molina, der keinen Tag Militärdienst geleistet hat, gehören zu den treibenden Kräften einer immer weitergehenden Integration in die Nato und in die sich formierende Militär-EU, die beide schon mit einem Stiefel im blutigen Morast des Ukrainekriegs stehen.**⁴⁴

Der ehemalige Jungsozialist fordert eine strategische «EU-Partnerschaft»⁴⁵ und gemeinsame Rüstungskäufe von Bern und Brüssel – und eine Mehrheit

⁴⁴ <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz-eu-nationalraete-wollen-sicherheitsabkommen-mit-der-eu-527127283292>

⁴⁵ <https://www.nzz.ch/schweiz/nationalrat-will-eu-partnerschaft-fuer-sicherheit-und-verteidigung-ld.1901406>

im Parlament folgt ihm. Der Bundesrat führt bereits Gespräche, die in ein entsprechendes Verhandlungsmandat führen sollen.⁴⁶

Verlogene Politik der internationalen Aufrüstung

Dabei verdrängt diese Mehrheit, mit wem sie sich da einlässt: mit einem militanten Armee-Gegner und Armee-Abschaffer. **«Die Armee abschaffen heisst, das militärische Denken abzuschaffen», schrieb Molina noch 2020 im Genossen-Hausblatt «P.S.» und schwärmte von einer «wunderbaren Geschichte des Niedergangs der Armee».**⁴⁷ **Er beschimpfte diese als «Boot-Camp für toxische Männlichkeit», für das man «nicht Jahr für Jahr Milliarden» ausgeben solle.**

Tatsächlich steht die Forderung nach einer Abschaffung der Schweizer Armee noch immer im SP-Programm. Gleichzeitig fordern Molina und seine Genossen eine Aufrüstungsoffensive im EU-Verbund. Verlogener geht es nicht.

Aufgabe der Schweiz bei den Grünen

Genauso wirr präsentieren sich die Grünen. «Die Schweiz soll als neutrales Land Konflikte schlichten», fordern sie⁴⁸ – und lehnten die Neutralitätsinitiative ab, die diese Friedensmission ausdrücklich wieder stärken wollte. Auch die Grünen haben die Abschaffung der Schweizer Armee noch immer auf ihre Fahnen geschrieben, wissen aber, dass dies chancenlos ist: «Solange die Armee nicht abgeschafft werden kann, setzen wir uns dafür ein, dass die Armee sich gegen realistische Bedrohungen wappnet, statt sich mit Milliarden von Franken für unwahrscheinliche Kriegsszenarien aufzurüsten.»

In ihrer Vernehmlassungsantwort zur Sicherheitspolitischen Strategie der Schweiz 2026 offenbaren die Grünen ihre Prioritäten: Vor allem anderen verlangen sie, der «Klimawandel» müsse als «systematischer Faktor» in die Strategie eingebaut werden, ebenso die «geschlechtsspezifische Gewalt», die eine «unmittelbare Bedrohung vor Ort» darstelle.⁴⁹ Als ob dies die grösste Gefahr für unser Land wäre. **Solche weltfremden und verqueren Ansichten müssen jeden potenziellen Angreifer freuen.**

Fazit

Auf SP und Grüne ist in der Sicherheitspolitik kein Verlass – und war es noch nie. Ihr Kurs ist widersprüchlich und verlogen: Sie halten an ihrer Forderung nach einer Abschaffung der Schweizer Armee fest – und treiben gleichzeitig eine immer weitergehende Annäherung an das säbelrasselnde Nato-Bündnis und an die mit militärischen Grossmachtfantasien liebäugelnde Von-der-Leyen-EU voran.

⁴⁶ <https://www.vbs.admin.ch/de/parlament-partnerschaft-sicherheit-und-verteidigung-eu>

⁴⁷ <https://fabianmolina.ch/blog/zeit-fuer-eine-neue-friedenspolitik/>

⁴⁸ <https://gruene.ch/gesellschaft/frieden-und-sicherheit/frieden-und-sicherheit>

⁴⁹ <https://gruene.ch/vernehmlassungen/sicherheitspolitische-strategie-der-schweiz-2026>

7. Steuermilliarden für gescheiterte Energiewende

Auf welch teure Irrwege die linke und heimatmüde Ideologie führt, zeigt sich besonders deutlich in der Energiepolitik. Ein durch eine Flutwelle verursachtes Reaktorunglück im japanischen Fukushima, 10'000 Kilometer Luftlinie von Bern entfernt, verschaffte der «Energiewende» den politischen Durchbruch. Ausstieg aus der Kernkraft, Neubauverbot. Das funktionsfähige Kernkraftwerk Mühleberg wurde bereits abgestellt. Es produzierte jährlich rund 3000 GWh. Damit ging auf einen Schlag die Schweizer Stromproduktion für rund 800'000 Haushalte verloren. Allein der Rückbau kostet inklusive Entsorgung über zwei Milliarden Franken.

Erst recht ins Geld gehen die Folgen des unrealistischen Umbaus der Energieversorgung. Rote und Grüne versprachen das Blaue vom Himmel und behaupteten, die Schweiz könne ihren Energiebedarf allein aus den Erneuerbaren und noch besser aus den neuen Erneuerbaren decken.

Landschaftsverschandelung total

Ganze Alpentäler bedeckt mit Solarpanels, Tausende Windräder vom Jura bis ins Tessin. Landschaftsverschandelung total – das ist die rotgrüne Vision.

Dabei ist es ihnen auch egal, wenn die demokratische Mitsprache der Gemeinden, die als Standorte für die bis zu über 200 Meter hohen Riesenwindräder vorgesehen sind, eingeschränkt wird. Im Kanton Zürich bestimmte der grüne Regierungsrat Martin Neukom zwanzig Windeignungsgebiete und fünfzehn weitere Gebiete als Reserve. Die Grünen applaudieren.⁵⁰

Gleichzeitig blockieren dieselben linkgrünen Kreise den Ausbau der Wasserkraft, wie es jahrelang beim Grimsel der Fall war. **«Ausgerechnet Ökoparteien und Genossen verhindern Ausbau der Wasserkraft: Linke und Grüne torpedieren die Energiewende»**, titelte der **«Blick»**.⁵¹

Tatsächlich wurde der bewährte CO₂-arme Schweizer Energiemix aus rund zwei Dritteln Wasserkraft und einem Drittel Kernkraft mutwillig zerschlagen – ohne dass Alternativen vorhanden gewesen wären.

Die Versprechen der «Energiewende» waren von Anfang an faul und illusorisch. Die Schweiz ist kein Windland. 2024 wurden nur rund 0.224 Prozent des Schweizer Stroms durch Windenergie produziert.⁵² Und Sonnenenergie gibt es nur, wenn die Sonne scheint. Flatterstrom und Dunkelflauten drohen, sogar verheerende Blackouts. Die SVP war die einzige Partei, die immer schon davor gewarnt und die «Energiewende» konsequent bekämpft hat.

⁵⁰ <https://gruene-zh.ch/medienmitteilungen/windenergiegebiete>

⁵¹ <https://www.blick.ch/politik/ausgerechnet-oekoparteien-und-genossen-verhindern-ausbau-der-wasserkraft-linke-und-gruene-torpedieren-die-energiewende-id17005235.html>

⁵² <https://facts4future.ch/facts/windenergie-beitrag-zur-stromproduktion#einfach>

Zusammenbruch der Energieversorgung? Ist ihnen egal

Hören und sehen und rechnen wollte niemand – nun muss die Wende der Wende mit enormem Zusatzaufwand eingeleitet werden. Unter dem Druck der Realität hob das Parlament im Juni 2026 das Technologie- und Neubauverbot für Kernkraftwerke wieder auf. Doch der Schaden ist angerichtet. **Linke und Heimatmüde wie die Grünen, die SP, die Grünliberalen, die Mitte-Frauen sowie Lobbyorganisationen wie Greenpeace und die Schweizerische Energiestiftung bleiben unbelehrbar und haben bereits ein Referendum angekündigt. Für ihre ideologische Zwängerei nehmen sie den Zusammenbruch der Energieversorgung in Kauf.**

Derweil verschlingt die notfallmässige Fehlerkorrektur dieser irrwitzigen Politik weitere Milliarden. «Bis 2045 dürften Stromreserven rund 4 Milliarden Franken kosten, weil die reguläre Winterversorgung nicht ausreichend gesichert ist», rechnet Economiesuisse vor.⁵³ Diese Mittel fliessen nicht in die Normalproduktion, sondern bloss in eine Absicherung für den Krisenfall. Allein der Bau von vier neuen Reserve-Gaskraftwerken verschlingt gemäss Bundesrat 2.3 Milliarden Franken. Und klimafreundlich sind sie auch nicht.

Die Kosten tragen Haushalte und Unternehmen über den Tarif Stromreserve. «Für Haushalte entspricht dies je nach Tarif rund 10 bis 30 Franken pro Jahr, für einen industriellen Grossbetrieb mit 20 GWh Verbrauch etwa 50'000 bis 150'000 Franken», hält Economiesuisse fest.

Vor einem ähnlichen Debakel steht Deutschland, dem die Schweiz kopflos hinterhergerannt ist. Eine Studie der Deutschen Industrie- und Handelskammer beziffert die Kosten der «Energiewende» allein zwischen 2025 und 2049 auf bis zu 5'400 Milliarden Euro.⁵⁴ Es drohten erhebliche Belastungen für Unternehmen, Verbraucher sowie öffentliche Haushalte.

Leuthards falsche Versprechen

Im Abstimmungskampf **um das Energiegesetz 2017 behauptete die damalige Bundesrätin Doris Leuthard (CVP/Mitte): Die Energiewende werde pro Haushalt und Jahr nur 40 Franken kosten.⁵⁵** Als ebenso falsch haben sich die Versprechen von Leuthard erwiesen, es werde auch ohne Kernenergie immer genug Strom geben und die Stromimporte aus der EU seien gesichert.

In Wirklichkeit sind die Strompreise explodiert. In der Stadt Winterthur haben sie sich von 2018 bis 2023 fast verdreifacht.⁵⁶

⁵³ https://www.economiesuisse.ch/de/artikel/teure-stromreserve-wegen-ungenuegender-winterversorgung?utm_source=Klima+%26+Energie&utm_campaign=9fd4ac6275-EMAIL_CAMPAIGN_2025_10_21_09_37_COPY_20&utm_medium=email&utm_term=0_-57f8e46c6d-578697645

⁵⁴ <https://www.dihk.de/de/newsroom/aktuelle-energiewende-politik-kostet-bis-zu-5-4-billionen-euro-141284>

⁵⁵ [Energiestrategie 2050 - Leuthard: «Stromintensive Unternehmen sind auf meiner Seite» - News - SRF](#)

⁵⁶ <https://www.forumwinterthur.ch/artikel/massiv-steigende-stromkosten-in-winterthur-das-resultat-der-verfehlten-links-gruenen-klimapolitik>

Selbst der Bund sprach von «stark steigenden Strompreisen» und rechnete vor: Ein typischer Haushalt mit einem Verbrauch von 4'500 kWh bezahle im Jahr 2023 27 Rappen pro Kilowattstunde mehr. Auf ein Jahr gerechnet, entspreche dies einer Stromrechnung von 1'215 Franken – oder einem Plus von 261 Franken.⁵⁷ Gleichzeitig erhöhten sich auch Netzkosten, Energietarife, Abgaben. 2024 stiegen die Preise erneut deutlich auf über 32 Rappen pro Kilowattstunde. 2025 waren es 29 Rappen, rund 9 Rappen oder fast 50 Prozent mehr als 2017.

Genauso betroffen ist das Gewerbe. «Für die kleinen und mittleren Unternehmen in der Schweiz ergibt sich ein ähnliches Bild: Die Netzkosten, der Netzzuschlag und die Energiepreise sowie die Abgaben steigen auch hier. Damit steigt der Gesamtpreis im Median um 24 Prozent», so der Bundesrat zu den Erhöhungen 2023. Seither ist es nochmals teurer geworden.

Fazit

Das Versagen in der linken und heimatmüden Energiepolitik kostet die Steuerzahler Abermilliarden Franken. Für das Klima ist damit nichts gewonnen, im Gegenteil. **Geht es nach Rot-Grün und wird dieses Lager bei den eidgenössischen Wahlen 2027 gestärkt, steuern wir direkt auf eine Katastrophe zu: Es drohen Engpässe, Winterstromlücken und gar Blackouts mit unabsehbaren Folgen für Gesellschaft und Wirtschaft.**

8. Finanzieller und menschlicher Ruin unseres Sozialstaats

Der Staat wächst und wächst und wächst. Die Invalidenversicherung (IV) ist komplett aus dem Ruder, vor allem aufgrund psychischer Erkrankungen. Zuwanderung und Asylanten höhlen AHV und Krankenkasse aus, unsere wichtigsten Sozialwerke. Die Ausgaben des Bundes vervielfachten sich so von rund 30 Milliarden im Jahr 1990 auf 90 Milliarden Franken. Und das «starke Ausgabenwachstum» werde sich in den kommenden Jahren fortsetzen, prognostiziert das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD).⁵⁸ 2030 rechnet es bereits mit Ausgaben von über 104 Milliarden!

Der mit Abstand grösste Budgetposten und Kostentreiber ist die Soziale Wohlfahrt. Im Voranschlag 2027 steht diese mit 32,7 Milliarden Franken zu Buche. Das entspricht über einem Drittel (34.9 Prozent) der Gesamtausgaben von 93.8 Milliarden Franken.

«Diese Ausgaben sind rechtlich gebunden und damit mittelfristig kaum steuerbar», bemerkt das EFD.⁵⁹ Die Hälfte davon fliesst in die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV). Dazu kommen die Bundesbeiträge an die Invalidenversicherung (IV), für die individuelle Prämienverbilligung, die Ergänzungsleistungen zu AHV und IV sowie die Milliardenmittel für die

⁵⁷ <https://www.admin.ch/de/nsb?id=90237>

⁵⁸ <https://www.efd.admin.ch/de/die-bundesfinanzen>

⁵⁹ <https://www.efv.admin.ch/de/ausgaben-des-bundes>

Migration. Zählt man Gesundheit und Bildung als weitere soziale Ausgaben hinzu, erreichen diese fast zwei Drittel des Bundesbudgets.

Soziales gewinnt, Landesverteidigung verliert

Betrachtet man das Ausgabenwachstum, so geht dieses zu über 90 Prozent auf diese drei Bereiche,⁶⁰ während die Ausgaben für die Armee oder die Landwirtschaft anteilmässig stark gesunken sind. «Soziale Sicherheit gewinnt, Landesverteidigung verliert», fasst «Die Volkswirtschaft» die Entwicklung zusammen.⁶¹

Was wir hier beobachten, ist ein **schleichender Radikalumbau unseres Staatswesens**. Von einem schlanken Staat, wie ihn die freisinnigen Gründer der modernen Eidgenossenschaft 1848 entwarfen, kann längst keine Rede mehr sein. Sah der Bund früher seine Aufgabe in erster Linie darin, für die Sicherheit der Bevölkerung durch die Armee zu sorgen und die nötige Basisinfrastruktur bereitzustellen, fungiert er heute als Sozial- und Dienstleistungsstaat für immer mehr und höhere Ansprüche.

Die Fiskalquote, also die Summe aller Steuern und Sozialversicherungsabgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt (BIP), ist seit 1965 von 16 Prozent um 12 Prozentpunkte auf 28 Prozent gestiegen, die Staatsquote (Staatsausgaben im Verhältnis zum BIP) sogar um gut 15 Prozentpunkte auf über 31 Prozent.⁶²

Die erweiterte Staatsquote, die auch die Zwangsabgaben der Krankenversicherer und Pensionskassen einbezieht, liegt bei über 43 Prozent.⁶³ Damit steht die Schweiz sogar schlechter da als Deutschland.

Prämienanstieg um 129 Prozent

Dies alles bekommt der Einzelne zu spüren. Von 2008 bis 2023 sind die Staatsausgaben pro Kopf teuerungsbereinigt um rund 9 Prozent von 24'742 auf 26'881 Franken gestiegen.⁶⁴ **Damit zahlt jeder Schweizer 2'140 Franken mehr.**

Aufs Portemonnaie drücken weiter die jährlich steigenden Krankenkassenprämien. Diese sind seit 2000 rund neunmal so stark gewachsen wie die Löhne.⁶⁵ **Während die Reallöhne um 15 Prozent zunahmen, verzeichneten die obligatorischen Krankenkassenprämien einen Anstieg um 129 Prozent!**

Linke Gier nach immer mehr

Der Ruf der Linken und Heimatmüden nach immer noch mehr Staat, immer noch mehr Sozialleistungen, immer noch mehr Umverteilung bleibt derweil

⁶⁰ <https://facts4future.ch/facts/top-3-staatsausgaben-nach-wachstum#fortgeschritten>

⁶¹ <https://dievolkswirtschaft.ch/de/2024/06/der-schweizer-staat-waechst/>

⁶² Ebd. («Die Volkswirtschaft»)

⁶³ <https://www.iwp.swiss/publikationen/eine-frage-des-massstabs-wie-gross-ist-der-schweizer-staat-wirklich>

⁶⁴ <https://facts4future.ch/facts/staatsausgaben-pro-kopf#fortgeschritten>. Mit Staatsausgaben sind die Ausgaben der öffentlichen Haushalte gemeint, also insbesondere von Bund, Kantonen, Gemeinden sowie von den öffentlichen Sozialversicherungen.

⁶⁵ <https://facts4future.ch/facts/entwicklung-krankenkassenpramien#fortgeschritten>

schrill. **Entgegen allen Zahlen und Fakten spricht die SP von einem «bürgerlichen Sozialabbau», den es zu bekämpfen gelte, während noch nie in der Geschichte so viel Steuergeld für das Soziale ausgegeben wurde – Tendenz anhaltend steigend.**

Mitten in der Coronazeit, als der Bund ohnehin jede finanzielle Zurückhaltung ablegte, sämtliche Schleusen öffnete und zusätzliche Rekordschulden von über 26 Milliarden Franken anhäufte,⁶⁶ lautete die «Antwort» der Genossen: «Mehr soziale Sicherheit, mehr Service Public, mehr Solidarität!»⁶⁷

Sozialpolitisches Wunschkonzert

Ihr sozialpolitisches Wunschkonzert umfasst die Einführung einer allgemeinen Erwerbsversicherung, eine «nationale Sozialhilfegesetzgebung» samt einer Anhebung der wirtschaftlichen Sozialhilfe auf 60 Prozent des nationalen Medianlohnes oder eine öffentliche Krankenkasse mit einkommensabhängigen Prämien. Bezahlen sollen immer die anderen.

Weiter fordern die Sozialdemokraten einen Ausbau der öffentlichen Gesundheitsversorgung, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege, «familienergänzende Kinderbetreuung als Service Public mit Zugang für alle Familien» und als «Teil der öffentlichen Grundversorgung» – und als Zuckerchen obendrein noch eine «Reduktion der Erbeitszeit» auf 35 Stunden pro Woche. **Weniger leisten, mehr verlangen: So funktioniert linke Politik.**

«Radikale Umverteilung»

Damit nicht genug. An ihrem Parteitag vom 24. Februar 2024 verabschiedeten die Genossen ein Papier, das die «Armut in der Schweiz bis 2030 beenden» will und einen weiteren umfangreichen Forderungskatalog formuliert.⁶⁸ Ausdrücklich sollen noch viel mehr Leute auf Kosten der Sozialhilfe leben. **Ausländer, die Sozialhilfebetrug begehen, sollen ungestraft davonkommen und nicht des Landes verwiesen werden dürfen. Ausserdem müsse «dringend ein Weg gefunden werden, um die bis zu 30 Prozent Nichtbezüger:innen von Sozialleistungen ins System zu holen».** Es brauche einen «Automatismus», um Sozialhilfe «proaktiv» auszusahlen.

Ausserdem fordern die Linken und Heimatmüden einen «massiven Ausbau der familienexternen Betreuungsstrukturen wie auch der Bildungsangebote», «Ergänzungsleistungen für Familien», höhere Löhne inklusive «branchenübergreifender Mindestlöhne», einen «Mietdeckel»,

⁶⁶ <https://www.efd.admin.ch/de/bundessschulden>

⁶⁷ https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2022/05/positionspapier_corona_d_def_4.pdf, S. 3. Folgende Zitate ebd., S. 12ff.

⁶⁸ https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2023/05/Armut-statt-Armutsbetroffene-bekaempfen_Deutsch_final.pdf

mehr gemeinnützigen Wohnraum sowie noch weitergehende Prämientlastungen.

Mit der Frage, wer das alles bezahlen soll, setzt sich die SP nicht lange auseinander. **Sie spielt unverhohlen mit Enteignungsfantasien: «Längerfristig bedarf es dazu einer radikalen Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen.»**

Fazit

Obwohl der Sozialstaat enorm gewachsen ist und immer fetter und fetter wird, fordern die Linken und Heimatmüden ständig noch mehr und noch höhere staatliche Sozialleistungen. Sie finden immer neue Anspruchsgruppen, die auch noch profitieren sollen. **Würde sich diese Politik durchsetzen, würden die Steuerzahler und Unternehmen massiv mehr belastet. Es würden immer weniger Menschen arbeiten und immer mehr Leute auf Kosten der anderen leben – bis das System zusammenbricht.**

9. Bürger und Wirtschaft im Würgegriff: Immer mehr Steuern, Abgaben, Vorschriften, Verbote

«Sparen» ist für die Linken und Heimatmüden ein Fremdwort. Sie schimpfen schon von «kaputtsparen», wenn nur irgendwo der Versuch gewagt wird, das galoppierende Ausgabenwachstum etwas einzudämmen. Statt Prioritäten zu setzen und die Steuermittel effizient dort hinzuleiten, wo sie am nötigsten sind, erhöhen sie lieber Steuern und Abgaben.

Ein Paradebeispiel dafür ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Das ist am bequemsten. **Mitte-Bundesrat Martin Pfister will die Armeeausgaben über eine «befristete» Anhebung der Mehrwertsteuer um 0.5 Prozentpunkte finanzieren.** Auch der Sondersatz für die Hotellerie soll um 0.3 Prozentpunkte steigen.

Mehrwertsteuer auf Rekordhoch

Ausserdem hat das Parlament im Juni 2026 eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0.4 Prozentpunkte für die 13. AHV-Rente beschlossen. **Werden beide Erhöhungen wie geplant umgesetzt, wird die Mehrwertsteuer von heute 8.1 auf 9.0 Prozent steigen.** Das sei «so hoch wie noch nie», hält das Schweizer Radio und Fernsehen fest.⁶⁹ Auch der Hotellerie-Satz würde auf Rekordhöhe klettern (4.3 Prozent).

Für einen durchschnittlichen Haushalt fallen schon jetzt rund 4'500 Franken Mehrwertsteuer pro Jahr an. Nun drohen nochmals rund

⁶⁹ <https://www.srf.ch/news/schweiz/zusaetzliche-ruestungsausgaben-bundesrat-will-mehrwertsteuer-nur-um-0-5-prozentpunkte-erhoehen>

450 Franken Belastung zusätzlich. Das ist viel Geld, das jeder Familie zum Leben fehlt.

Dabei wurde die Mehrwertsteuer erst auf den 1. Januar 2024 beim Normalsatz von 7.7 auf 8.1 Prozent erhöht (für die Zusatzfinanzierung der AHV). Als sie 1995 die Warenumsatzsteuer ersetzte, betrug der Satz noch 6.5 Prozent. Seither gab es bereits vier Erhöhungen.⁷⁰ Und nun sollen also Erhöhung Nummer fünf und sechs folgen!

Vorsicht ist auch geboten, wenn Politiker eine neue Steuer oder eine höhere Steuerbelastung mit dem Versprechen schmackhaft machen wollen, sie sei «befristet». Das war schon beim Ursprung der heutigen Mehrwertsteuer im Zweiten Weltkrieg so: Sie wurde als zeitlich begrenzte Defizitsteuer via Notrecht (Vollmachten-Beschluss) eingeführt, um die Militärausgaben für die Landesverteidigung zu finanzieren und wegbrechende Zolleinnahmen auszugleichen.⁷¹ Abgeschafft wurde sie nie mehr. Sie schwoll vielmehr immer weiter an – und zählt heute mit **über 28,8 Milliarden Franken** zu den grössten Einnahmeposten des Bundes. **Für die Konsumenten eine gigantische versteckte Belastung.**

Dasselbe gilt für die direkte Bundessteuer, die 1915 während des Ersten Weltkriegs ebenfalls als Provisorium geschaffen, dann aber unter verschiedenen Namen weitergeführt wurde, bis daraus 1958 die Steuer mit der heutigen Bezeichnung wurde. Man lerne: Wenn Politiker «befristet» sagen, meinen sie ewig.

50-Milliarden-Subventions-Dschungel

Völlig ausser Kontrolle geraten sind auch die Subventionen des Bundes. Sie kratzen bereits an der Grenze von **50 Milliarden Franken jährlich**.⁷² Und trotz des Konsolidierungsdrucks auf die öffentlichen Haushalte sollen sie bis 2028 weiter ansteigen, rechnet das Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) vor.⁷³ Im Wildwuchs der Subventionen und Empfänger – über 20'000 an der Zahl! – mangelt es an Transparenz und Effizienz.

Und wann immer es darum geht, die Staatstätigkeit noch weiter auszudehnen, Steuern und Abgaben zu erhöhen oder die Bürger und Konsumenten in eine von den Politikern gewünschte Richtung zu lenken (Stichwort: Lenkungsabgabe), sind die Linken und Heimatmüden an erster Stelle.

Grüne Freude an Benzinpreisexplosion

Ebenso lehnen die Linken Entlastungen ab, die insbesondere den Ärmern und weniger Begüterten zugutekommen.

So bei den explodierenden Spritpreisen: Einen SVP-Vorstoss zu einem vorübergehenden Verzicht auf die Mineralölsteuer bekämpft das

⁷⁰ <https://www.estv.admin.ch/de/entwicklung-mehrwertsteuersaetze-schweiz>

⁷¹ <https://www.estv.admin.ch/de/die-geschichte-der-estv>

⁷² <https://www.iwp.swiss/uploads/media/Publikationen/wp-26610-IWP-Subventionsreport-2025.pdf>

⁷³ <https://www.iwp.swiss/publikationen/iwp-subventionsreport-wer-erhaelt-das-geld-aus-bundesbern>

heimatmüde Lager aus ideologischen Motiven.⁷⁴ Mehr noch: Es frohlockt gar darüber, dass die Brennstoffpreise Rekordhöhen erklimmen, obwohl zuallererst die tieferen Einkommensschichten darunter leiden.

«20 Minuten» berichtet: **«Über die hohen Preise freuen sich viele Grüne-Politikerinnen und -Politiker. Zum Beispiel die Grüne-Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber.** <Meine Hoffnung ist wirklich, dass jetzt für viele Leute der Moment gekommen ist, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen.> Ansonsten müssten die Preise noch weiter steigen, hofft Prelicz-Huber.» Sie wohnt in der Stadt Zürich und hat den öffentlich subventionierten ÖV vor der Haustüre. Dass Leute auf dem Land leben oder pendeln müssen oder ihr Fahrzeug für ihren Beruf brauchen, übersteigt offenbar das Vorstellungsvermögen der Grünen-Politikern. Als Nationalrätin bekommt sie zudem ein «gratis» 1.-Klasse-GA – finanziert von den steuerzahlenden Autofahrern.

Politik gegen Wirtschaft und Unternehmen

Von der gleichen destruktiven Energie getrieben ist die linksgrüne Politik gegen Wirtschaft und Unternehmen. Dass sozial ist, wer Arbeitsplätze schafft – davon haben die Linken und Grünen noch nie gehört. Vielmehr setzen sie alles daran, dem Unternehmergeist Fesseln anzulegen, noch mehr Vorschriften und Regulierungen zu erlassen und die Firmen stärker zu belasten.

Davon zeugen linke Begehren wie die Konzern- oder die Umweltverantwortungsinitiative, die mit massiven «neuen Verboten und Vorschriften für die Bevölkerung und die Wirtschaft verbunden gewesen wären», wie das Eidgenössische Departement für Umwelt, Energie und Kommunikation (UVEK) betont.⁷⁵ **Mit der «Initiative für die Zukunft» strebten die Jungsozialisten, unterstützt von der Mutterpartei SP und den Grünen, eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Nachlässe ab 50 Millionen Franken an – was für viele Familienunternehmen das Aus oder eine Vertreibung ins Ausland bedeutet hätte.** Auch kantonale Erbschaftssteuern treiben Unternehmen in die Flucht, wie das Beispiel des ehemaligen FDP-Ständerats Ruedi Noser belegt, der deswegen von Zürich nach Schwyz zog.⁷⁶

Steuerwettbewerb, der dafür sorgt, dass Steuern nicht beliebig erhöht werden, lehnen die Roten und Grünen ebenso ab wie Steuersenkungen, damit Menschen und Unternehmen etwas Luft zum Atmen und Leben haben. Das passt zum Profil linksgrüner Parlamentarier: Erfolgreiche Unternehmer, die Steuern zahlen, findet man unter ihnen selten. Viele

⁷⁴ <https://www.20min.ch/story/benzinpreise-in-der-schweiz-svp-nationalrat-fordert-aussetzung-der-mineraloelsteuer-103635071>

⁷⁵ <https://www.uvek.admin.ch/de/uvi>

⁷⁶ <https://www.srf.ch/news/erbschaftssteuer-initiative-juso-initiative-familienunternehmen-wehren-sich>

haben auf Staatskosten studiert und leben auch später direkt oder indirekt auf Staatskosten. Sie sind Berufspolitiker, Berufs-NGO-Lobbyisten, Berufsfunktionäre.

Fazit

Mehr Rot-Grün heisst: mehr Steuern, mehr Abgaben, mehr Vorschriften, mehr Verbote. Und es heisst: weniger Wertschöpfung, weniger Wohlstand, weniger Innovation, weniger Arbeitsplätze, weniger Geld am Ende des Monats.

Zu alldem wollen Linke und Heimatmüde mit dem EU-Vertragspaket die Unterwerfung der Schweiz unter Brüssel. Und dies wiederum würde heissen: noch viel mehr Regulierung, noch viel weniger Entfaltungsfreiraum für Bürger und Wirtschaft. Das Erfolgsmodell Schweiz, das sie mit ihrer schädlichen Politik im Inland bekämpfen, wäre via Brüsseler Bande endgültig erledigt. **Die Schweiz-Zerstörer wären am Ziel ihrer Träume. Die Eidgenossenschaft – nivelliert nach unten, verarmt, Befehlsempfängerin einer Ursula von der Leyen.**

10. Geldverschleuderung ins Ausland

Linke und Heimatmüde sind wahre Weltmeister darin, das Geld der Schweizer Steuerzahler ins Ausland zu verschleudern. Als der Bundesrat im Juni 2026 ankündigte, die internationale Zusammenarbeit zu fokussieren und die humanitäre Hilfe zu stärken – wobei der finanzielle Rahmen mit 2.4 Milliarden Franken pro Jahr praktisch unverändert bleibe –,⁷⁷ sprachen die Sozialdemokraten dennoch flugs von einem «Kahlschlag».

Stattdessen forderten sie, dass die Schweiz noch mehr Geld im Ausland verteilt und die Entwicklungszusammenarbeit auf 0.7 Prozent des Bruttoinlandeinkommens steigert.⁷⁸ Dieses betrug 2025 881,47 Millionen Franken⁷⁹ – **gemäss der SP müssten die Schweizer Steuerzahler also fast 6 Milliarden Franken jährlich allein für die internationale Zusammenarbeit ausgeben, rund 3.5 Milliarden mehr als heute.**

Über 6 Milliarden für die Ukraine

Eine markante Mehrbelastung für den Schweizer Steuerzahler zugunsten des Auslands verlangen auch die Grünen. Die Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2025-2028 sei «in finanzieller Hinsicht absolut ungenügend».⁸⁰

⁷⁷ <https://www.admin.ch/de/newsb/2XR4cr60LmaOfMN7FI2n>

⁷⁸ <https://www.sp-ps.ch/artikel/buergerliche-bundesraete-druecken-kahlschlag-bei-der-entwicklungszusammenarbeit-durch/>

⁷⁹ [Bruttoinlandprodukt nach Verwendungsarten - 1995-2025 | Daten - Tabelle](#)

⁸⁰ <https://gruene.ch/vernehmlassungen/strategie-der-internationalen-zusammenarbeit-2025-2028>

Namentlich das Budget für die Entwicklungszusammenarbeit sowie für den Wiederaufbau und die humanitäre Unterstützung der Ukraine müsse «massiv ausgebaut werden». Dabei hatte die Schweiz bereits eineinhalb Jahre nach Kriegsbeginn in der Ukraine über zwei Milliarden Franken für das Land und die betroffene Bevölkerung bezahlt, darunter 1.68 Milliarden Franken allein für Status S und Sozialhilfe.⁸¹ Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) hatte ebenfalls schon angekündigt, der Ukraine weitere 1.8 Milliarden Franken bis 2028 zukommen zu lassen. **Bis Ende 2025 unterstützte der Bund nach EDA-Angaben die Ukraine und die Ukrainer mit 6.08 Milliarden Franken.⁸² Und die Grünen verlangen in ihrer Masslosigkeit, dass diese Milliardenzahlungen noch «massiv ausgebaut» werden.**

Entwicklungshilfe statt AHV

Ein weiterer Hebel, mit dem die Grünen noch mehr Steuermilliarden ins Ausland pumpen wollen, ist die Klimapolitik. Unter dem Schlagwort einer «globalen Klimagerechtigkeit» fordern sie, dass die Schweiz **«mindestens eine Milliarde Dollar jährlich zur internationalen Klimafinanzierung»** beisteuert, anstatt der 450–600 Millionen Franken, wie es heute der Fall sei.⁸³ Auch hier also drohen, falls das linkgrüne Lager Mehrheiten findet, happige Zusatzkosten für den Schweizer Steuerzahler. Die SVP ist und bleibt die einzige Partei, die sich konsequent dafür einsetzt, statt Milliarden ins Ausland zu verschleudern, das hart erarbeitete Steuergeld der Schweizer Bevölkerung zugutekommen zu lassen.⁸⁴ Doch **Linke und eine heimatmüde Mehrheit des Parlaments weigern sich, etwa die 13. AHV durch Einsparungen im Asyl-Bereich und bei der Entwicklungshilfe zu finanzieren.** Damit zeigen sie, wo ihre Prioritäten liegen. Lieber belasten sie die arbeitende Bevölkerung und die Unternehmen noch mehr – durch höhere Lohnabzüge und eine zusätzliche Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Tributzahlung an Brüssel

Dasselbe Muster – Geld fürs Ausland statt für die eigene Bevölkerung – findet sich in weiteren Politikbereichen. **Die heimatmüde Allianz aus SP, Grünen, Grünliberalen, Mitte und FDP, die den EU-Unterwerfungsvertrag befürwortet, sagt damit auch ja zu einer regelmässigen «Ausgleichszahlung» an die EU – mithin zu einer Art Tributeistung an Brüssel, die auf jährlich 350 Millionen Franken steigen soll.⁸⁵ Die direkten Kosten inklusive EU-Programme würden gar auf mindestens 1.4 Milliarden anwachsen.**

⁸¹ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20233552>

⁸² <https://www.eda.admin.ch/de/unterstuetzung-des-bundes-fuer-die-vom-krieg-in-der-ukraine-betroffenen-menschen>

⁸³ https://gruene.ch/greenfo_artikel/globale-klimagerechtigkeit-die-schweiz-muss-mehr-tun

⁸⁴ <https://www.svp.ch/aktuell/publikationen/medienmitteilungen/statt-milliarden-ins-ausland-zu-verschleudern-ist-das-geld-fuer-die-schweizer-bevoelkerung-einzusetzen/>

⁸⁵ <https://www.europa.eda.admin.ch/de/schweizer-beitrag-an-ausgewahlte-eu-mitgliedstaaten>

Im Gesundheitssektor will der Bund mehr Geld an internationale Organisationen und Institutionen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) überweisen⁸⁶, was in diesem Lager ebenfalls auf breite Zustimmung stösst.

Der Subventionsreport des Instituts für Wirtschaftspolitik der Universität Luzern weist insgesamt 41 Posten für Auslandsbeziehungen auf, mit einem **Volumen von 2.69 Milliarden Franken** (wobei es noch dreizehn weitere, nicht ausgewiesene Posten von je unter einer Million Franken gibt).⁸⁷ Dabei sei die politische Kontrolle «oft fragmentiert und schwach ausgeprägt» sowie die Mittelverwendung und Aufgabenwahrnehmung «nur unzureichend an Effizienzkriterien ausgerichtet».⁸⁸

Fazit

Wer Linke und Heimatmüde wählt, kann garantiert damit rechnen, dass noch weit mehr Steuermilliarden als jetzt schon aus der Schweiz an zahlreiche Staaten, Organisationen und Projekte in aller Welt fließen. Statt Milliarden ins Ausland zu verschleudern, wie es die Heimatmüden mit vollen Händen tun, ist das Geld für die Schweizer Bevölkerung einzusetzen.

Konkret sind die jährlichen Mehrkosten von 5 Milliarden Franken für die 13. AHV-Rente über Kürzungen im Asylbereich, bei der Entwicklungshilfe, bei der Ukraine, bei der Kultur und der aufgeblähten Bundesverwaltung (weitere 6.5 Milliarden) zu finanzieren.

Warum, so fragen sich Herr und Frau Schweizer zurecht, sollen wir auf ein bisschen mehr Rente verzichten, wenn der Bund so vielen Fremden, die noch nie einen Rappen in das Schweizer Sozialsystem eingezahlt haben, den roten Teppich ausrollt und ihnen ein Leben auf Kosten der Steuerzahler spendiert?

11. Penis in der Frauenbadi: Der linke Kulturkampf gegen Tradition und Familie

Was die linksgrün-woke Ideologie im gesellschaftlichen Bereich anrichtet, illustriert ein Vorfall von Ende Juni 2026 im Marzili-Freibad in der Bundesstadt Bern. Ein Mann, der sich als Frau fühlt, drang in den für Frauen reservierten Nacktbereich ein und präsentierte dort seine männlichen Geschlechtsorgane – Penis in der Frauenbadi. Die Kantonspolizei Bern schreibt, die Person habe sich renitent verhalten und sich polizeilichen Massnahmen aktiv widersetzt. Eine Polizistin wurde gar verletzt.⁸⁹ Und wie reagierte die linksgrüne und heimatmüde Stadt Bern?

⁸⁶ https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2025/3117/de#lvi_6/lvi_6.3

⁸⁷ <https://www.iwp.swiss/uploads/media/Publikationen/wp-26610-IWP-Subventionsreport-2025.pdf>, S. 120

⁸⁸ Ebd., S. 122

⁸⁹ <https://www.police.be.ch/de/start/themen/news/medienmitteilungen.html?newsID=647c7c7e-b070-476f-b5a0-a5e53a3f078a>

Sozialdirektorin Ursina Anderegg (Grünes Bündnis) stellte sich nicht etwa hinter die Einsatzkräfte, die angegriffen und beschimpft worden waren – und auch nicht hinter die Frauen, die keinen nackten Mann in der Frauenbadi haben wollten, sondern hinter den Mann, der sich als Frau ausgibt. **«Alle Personen, die sich als Frau identifizieren und als solche leben, haben Zugang zum freiwilligen FKK-Bereich», liess die Sozialdirektion verlauten.**⁹⁰

Politik aus einem Paralleluniversum

Die Stadt Bern und ihre verantwortlichen Politiker finden also, Frauen müssten nur oft genug einen fremden Penis in der Frauenbadi sehen, dann würden sie sich schon an dessen Anblick gewöhnen. «Die Realität übertrifft jede Persiflage», kommentierte die NZZ und schrieb von «Politik aus einem Paralleluniversum».⁹¹

Das ist es in der Tat. Nur breitet sich dieses perverse Paralleluniversum, das jeden Bezug zur Realität und zum gesunden Menschenverstand verloren hat, rasant aus. **Die grossen Schweizer Städte sind linksgrün regiert und huldigen ebenfalls Gender-Gaga und Transideologie.**

Doch diese herrscht nicht nur in linken Hochburgen wie Bern, Basel oder Zürich. Die Linken führen längst – und durchaus erfolgreich – einen Kulturkampf gegen Tradition und Familie. Der «Marsch durch die Institutionen», den die 68er-Revolutionäre angekündigt hatten, ist im Ziel. Zentrale Schaltstellen des gesellschaftlich-kulturellen Lebens – von Schulen und Universitäten bis zu Gerichten, Verwaltungen und Medien – sind in linker, heimatmüder Hand.

Gehirnwäsche an Kitas und Schulen

Dabei wissen sie genau, dass sie schon bei den Kleinsten anfangen müssen. Bereits in Kitas, Kindergärten und Primarschulen werden die Kinder von den Ideologen bearbeitet. Für Aufsehen sorgte ein Fall in Bütschwil im Kanton St. Gallen. **Eine Lobbyistin der Fachstelle für Aids und Sexualfragen der Aids-Hilfe St. Gallen-Appenzell, die sich selbst als homosexuell bezeichnet, führte in einer fünften Primarklasse einen Sexualekunde-Workshop durch, wo die Zehn- und Elfjährigen mit Kondomen hantieren und Kärtchen legen mussten «von einem heterosexuellen und einem lesbischen Paar, von der ersten Begegnung bis zum Geschlechtsverkehr».** Die «Weltwoche» berichtete von «Anleitung zum Porno für Primarschüler».⁹² Ein betroffenes Kind und dessen Eltern erstatteten Strafanzeige.

Doch Staatsanwälte und Richter decken die Praxis, biologische Tatsachen zu negieren und die Kinder einer Gehirnwäsche zu unterziehen. Mehr noch:

⁹⁰ <https://www.nau.ch/news/hintergrund/penis-puff-im-marzili-so-reagiert-berner-politik-67148650>

⁹¹ <https://www.nzz.ch/meinung/sieht-eine-frau-im-frauenbad-oefters-einen-fremden-penis-gewoehnt-sie-sich-schon-daran-findet-die-stadt-bern-die-realitaet-uebertrifft-jede-persiflage-ld.10013676>

⁹² <https://weltwoche.ch/story/anleitung-zum-porno-fuer-primarschueler/>

Der Justizapparat geht gegen Bürger vor, die aussprechen, dass es Mann und Frau gibt. So erging es einem Mann im Kanton Bern: Er musste dafür ins Gefängnis.⁹³

SRF setzt «Mama» und «Papa» auf Index

Der Wahn, dass das biologische Geschlecht keine Rolle spiele und jeder selbst entscheiden könne, ob er Mann oder Frau sei, hat ebenfalls das gebührenfinanzierte Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) erfasst. Auch über dessen Kanäle werden bereits Kinder indoktriniert, wie die Sendung «Wer bin ich?» in der Reihe «SRF Kids Reporter:in» belegt.

«Bei der Geburt wird anhand der körperlichen Merkmale entschieden, ob ein Baby als Mädchen oder Junge eingetragen wird», wendet sich SRF an das junge Publikum.⁹⁴ «Viele Personen fühlen sich später mit diesem Geschlecht wohl. Einige Menschen merken jedoch mit der Zeit, dass dies für sie nicht stimmt.»

Das nenne man Geschlechtsidentität. «Sie beschreibt, wie du dich im Inneren fühlst, unabhängig davon, was andere über dich denken.» Was eine biologische Realität ist, spielt keine Rolle. Was kommt als Nächstes? Ich fühle mich als schwarze Frau mit Penis?

Die Umerziehung soll auch durch die Sprache erfolgen. Begriffe wie «Jungs» und «Mädchen», «Mama» und «Papa», «Bruder» oder «Schwester» solle man nicht mehr verwenden, predigt die Erziehungsanstalt der Nation ihren kindlichen Konsumenten. Weiter empfiehlt SRF den Kindern Links zu Lobbyorganisationen, die teils mit pornografischen, definitiv nicht altersgerechten Inhalten aufwarten.

Queer-feministische Kontrolle

All dies ist ganz nach dem Gusto von Rot-Grün. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz vertritt in der Gesellschaftspolitik eine dezidiert «queer-feministische» Haltung und fordert «wirksame Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten».⁹⁵ Auch die Grünen propagieren eine «Agenda LGBTIQ+» und die «Sensibilisierung für die Vielfalt der Geschlechter und der sexuellen und romantischen Orientierung» in den Lehrplänen «unter Einbeziehung von Personen aus der LGBTIQ+-Gemeinschaft».⁹⁶

Vielerorts ist das – wie die erwähnten Beispiele zeigen – längst der Fall. Ausdrücklich bekämpfen die Grünen die «fixe Einteilung in zwei Geschlechter». Sie verlangen eine «Anerkennung der Existenz non-binärer Menschen durch einen dritten Geschlechtseintrag», die Legalisierung der in der Schweiz verbotenen Leihmutterschaft sowie die Ausweitung der Elternschaft auf «mehr als zwei Personen».

⁹³ <https://gruene.ch/allgemein/agenda-lgbtqi>

⁹⁴ <https://www.srf.ch/kids/srf-kids-reporter-in-wer-bin-ich>

⁹⁵ <https://www.sp-ps.ch/wofuer-wir-stehen/themen-a-z/gleichstellung/>. <https://www.sp-ps.ch/partei/sp-queer/>

⁹⁶ <https://gruene.ch/allgemein/agenda-lgbtqi>

Weniger Mitgefühl bringt das linke Lager für das ungeborene Leben auf: Sowohl Grüne wie Sozialdemokraten befürworten eine «Entkriminalisierung» des Schwangerschaftsabbruchs. **Eine Abtreibung sei «eine Frage der Gesundheit und der Selbstbestimmung, aber sicher keine Straftat», so die grüne Nationalrätin Sibel Arslan.⁹⁷ Wie gesund es für ein werdendes Kind ist, abgetrieben zu werden – diese Frage stellt sie sich nicht.**

Fazit

Die «queer-feministische» Gesellschaftspolitik zielt darauf ab, Tradition, Familie und die natürliche Geschlechterordnung zu zerstören. Mit dieser Politik sind die heimatmüden Linksideologen sehr erfolgreich. Sie haben es geschafft, sich Zugang zu Kitas und Klassenzimmern zu verschaffen und sich die Unterstützung der Medien zu sichern.

Die Folge: **Immer mehr Kinder und Jugendliche sind verunsichert. Das muntere Geschlechterhoppchen – amtlich bewilligt – ist zu einem Trend geworden, selbst bei Minderjährigen.⁹⁸** Dabei zeigt eine umfassende wissenschaftliche Studie aus Finnland, dass dies sehr oft zu schweren psychischen Störungen führt.⁹⁹ «Geschlechtsänderungen» machen demnach unglücklich und krank.¹⁰⁰ **Diese Fehlentwicklung kann nur korrigiert und die Familie als Urzelle einer gesunden Gesellschaft wieder geschützt und gestärkt werden, wenn es gelingt, unsere Kinder der Macht der Ideologen zu entreissen und den rotgrünen Vormarsch zu stoppen.**

12. Bildungszerfall an den Schulen

Die jüngste Pisa-Studie zeigt es: **Die Kompetenzen der Schweizer Schüler nehmen dramatisch ab, insbesondere in den Kernfächern Deutsch und Mathematik. Fast drei von zehn 15-Jährigen können kaum mehr richtig lesen.** Einfache Texte verstehen sie nicht.¹⁰¹ Der Anteil solch leseschwacher Schüler ist innerhalb von drei Jahren von 24,7 auf 28,8 Prozent angestiegen. Vor zehn Jahren lag er noch bei 19,9 Prozent. Diesen Leistungsabfall bekommen auch die Lehrmeister und Unternehmen zu spüren.

⁹⁷ <https://gruene.ch/medienmitteilungen/schwangerschaftsabbruch-weiterhin-kriminalisiert-enttaeuschend>

⁹⁸ <https://weltwoche.ch/daily/amtlich-bewilligt-geschlecht-aendern-boom-im-kanton-bern-sogar-bei-minderjaehrigen/>

⁹⁹ Psychiatric Morbidity Among Adolescents and Young Adults Who Contacted Specialised Gender Identity Services in Finland in 1996–2019: A Register Study (2026).

¹⁰⁰ <https://www.schutzinitiative.ch/finnische-studie-belegt-geschlechtsaenderungen-machen-ungluecklich/>

¹⁰¹ <https://www.nzz.ch/schweiz/pisa-bilanz-der-schweiz-stark-aber-nicht-stark-genug-ld.10022816>

Eine zeitgleich publizierte Umfrage des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse, des Schweizerischen Gewerbeverbands und des Schweizerischen Arbeitgeberverbands unter 2'900 Ausbildungsverantwortlichen kommt zum Schluss: Die Grundkompetenzen befinden sich im «Sinkflug».¹⁰²

Das hat Folgen für die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe – und damit für die Zukunftsperspektiven der Jungen. Jedes fünfte Unternehmen gibt an, aufgrund fehlender Kompetenzen und des damit verbundenen Mehraufwands künftig weniger Lehrlinge anzustellen. Ohne Trendwende drohe ein geschwächtes Berufsbildungssystem – mit Konsequenzen auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

Über die Ursachen dieser Entwicklung sagt die Erhebung nichts. **Der schnarchende Elefant im Raum ist hier – wie bei der Pisa-Diskussion – der hohe Ausländeranteil an den Schulen. Beim Lesen zeigt sich das drastisch: Kinder aus Haushalten, in denen nur Fremdsprachen gesprochen werden, können zu 45,9 Prozent nicht richtig lesen.** Dies nicht am Beginn, sondern am Ende der obligatorischen Schulzeit!

Es ist offenkundig: Die ungesteuerte Masseneinwanderung ist einer der Hauptgründe für diesen Bildungszerfall. **In manchen Klassen haben 80 bis 100 Prozent der Schüler einen Migrationshintergrund.**

Hinzu kommen fehlgeleitete Reformen. Die integrative Schule, bei der auch lernschwache und verhaltensauffällige Schüler in der Regelklasse unterrichtet werden, war einst das Lieblingsschild der Pädagogen und Bildungspolitiker. Inzwischen stösst das Modell auf breiten Widerstand der Lehrer – weil es die ohnehin bestehenden Probleme noch verschärft.

Nicht bewährt hat sich auch das frühe Fremdsprachenlernen in der Unterstufe. Wie sollen Schüler, die schon mit Deutsch Mühe haben, gleichzeitig auch noch Französisch und Englisch lernen?

Solche praxisfernen Bildungsreformen von oben tragen ihren Teil dazu bei, dass das Niveau an den Schulen absackt.

Fazit

Soll es nicht noch weiter bergab gehen, muss der Fokus auf die Stärkung der Grundkompetenzen gelegt, müssen kontraproduktive Reformen abgeblasen und **muss die Zuwanderung endlich so gesteuert und begrenzt werden, dass Qualität vor Quantität kommt.**

13. Islamisierung auf dem Vormarsch

Die Schweiz wird schleichend islamisiert – dagegen wehrt sich die Mehrheit des Stimmvolks. Die Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten wurde im November 2009 vom Souverän mit 57.5 Ja-Stimmen angenommen, die Initiative «Ja zum Verhüllungsverbot» im März 2021 mit 51.2 Prozent.

¹⁰² <https://www.nzz.ch/schweiz/pisa-bilanz-der-schweiz-stark-aber-nicht-stark-genug-ld.10022816>

Der Zürcher Kantonsrat hat ein Kopftuchverbot an Schulen erlassen, der Aargauer Grosse Rat stimmte im September 2026 für ein Kopftuchverbot für Staatsangestellte.

Das Kopftuch sei weit mehr als «nur ein Stück Stoff», schreibt die türkischstämmige Anwältin Seyran Ates aus Berlin.¹⁰³ Es sei ein Symbol des politischen Islam, der unsere Gesellschaft gezielt unterwandern will. Ihre Biografie liefert selbst das beste Beispiel dafür, mit was für finsternen Mächten wir es hier zu tun haben: Für ihr Engagement für einen aufgeklärten Islam erhält Ates Morddrohungen, braucht permanenten Personenschutz und muss ein «Leben im Ausnahmezustand» führen.¹⁰⁴

Der Bundesrat schätzte im Februar 2026 in einer Antwort auf einen Vorstoss von SVP-Nationalrat Thomas Knutti die Zahl von minderjährigen Mädchen in der Schweiz, die ein Kopftuch tragen (müssen), auf bis zu 5000.¹⁰⁵ **In einen Nebensatz versteckte der Bundesrat die Information, dass der Anteil Muslime in der Schweiz bei Einwohnern bis 15 Jahren bereits etwa zwölf Prozent beträgt.** Das ist mehr als doppelt so viel als in der Gesamtbevölkerung.

Die Zukunft wird also noch viel muslimischer sein – mit den bekannten Folgen: **Verweigerung von Handschlag, Verbot von Weihnachtsliedern, Angriffe auf Lehrerinnen, Kopftuchmädchen, Messergewalt, Verachtung der Demokratie etc. Wollen wir Clankriminalität wie in Berlin? Zustände wie in französischen Banlieues oder in muslimischen Stadtteilen von London?**

Doch die Linken und Schweizmüden fördern die Bedrohung durch den politischen Islam noch, statt sie zu bekämpfen. **Der SP-Nationalrat und heutige Co-Präsident Cédric Wermuth betonte schon 2016: «Der Islam ist Teil der Schweiz».**¹⁰⁶ Dabei kehrte er die Realität flugs in ihr Gegenteil und behauptete, bedroht würden die Schweiz, ihre Demokratie und ihr Rechtsstaat nicht vom Islam, sondern von der SVP.¹⁰⁷

Fazit

Die Linken, Grünen, Heimatmüden unterstützen in Taten und Worten die Islamisierung der Schweiz. In ihrem blinden Hass auf die eigene abendländisch-christliche Tradition können sie es kaum erwarten, dass diese vollends marginalisiert wird.

¹⁰³ <https://egerkingerkomitee.ch/wp-content/uploads/Seyran-Ates-Schweizerzeit-Kopftuch-Debatte-2.10.2026.pdf>

¹⁰⁴ <https://www.nzz.ch/feuilleton/seyrans-ate-will-den-islam-von-innen-veraendern-der-preis-dafuer-sind-morddrohungen-und-ein-leben-im-ausnahmezustand-ld.10007730>

¹⁰⁵ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20254592>

¹⁰⁶ <https://www.watson.ch/schweiz/islam/103197572-sp-nationalrat-cedric-wermuth-der-islam-ist-teil-der-schweiz>

¹⁰⁷ <https://www.watson.ch/schweiz/islam/103197572-sp-nationalrat-cedric-wermuth-der-islam-ist-teil-der-schweiz>

14. Der linksgrüne Raubzug auf Ihr Portemonnaie

Es zieht sich wie ein roter Faden durch alle Themen und Kapitel: Linke heimatmüde Politik hat immer zum Ziel, die Staatstätigkeit aufzublasen und Bürgern, Steuerzahlern, Konsumenten, Unternehmen das Geld aus der Tasche zu ziehen. **Linke heimatmüde Politik heisst: mit vollen Händen ausgeben, was andere verdienen.**

Unter dem Einfluss der dominierenden heimatmüden Politik im Bundeshaus explodieren die Staatsausgaben. Bald erreicht das Bundesbudget 100 Milliarden Franken. Die Verwaltung wächst und wächst. Von 2008 bis 2023 haben die Personalausgaben der Verwaltung um 14.6 Milliarden Franken zugenommen, was einem jährlichen Wachstum von 2.0 Prozent entspricht.¹⁰⁸ Beim Bund sind es sogar 2.2 Prozent. **Im Jahr 2023 zahlte jeder Schweizer 6732 Franken für das Personal der öffentlichen Verwaltungen.** Dabei verdient die wachsende Schar der Staatsangestellten erst noch deutlich mehr als sie in vergleichbarer Position in der Privatwirtschaft verdienen würde – beim Bund beträgt diese Lohprämie 11.7 Prozent.¹⁰⁹

Der Medianlohn eines Bundesangestellten liegt bei 127'174 Franken.¹¹⁰ Und die Bundesangestellten profitieren erst noch von zahlreichen Zusatzleistungen und einem praktisch unkündbaren Job – alles auf Kosten der Steuerzahler.

Klassenkampf gegen Steuerzahler

Dennoch wollen die Linken und Heimatmüden mehr – viel mehr: Für sie kann der Staat gar nicht genug Steuergeld eintreiben und verteilen. Würde ihr politisches Wunschkonzert Wirklichkeit, gäbe es kein Halten mehr bei den Kosten. Die Schuldenbremse möchten die Linken schwächen und längerfristig ganz abschaffen. Die SP sieht darin «Pseudo-Ökonomie», «Pseudo-Moral» und – kein Witz – «Demokratiefeindlichkeit».¹¹¹

In ihrem finanzpolitischen Positionspapier («Klassenkampf von oben beenden, Zukunftsbremse lösen») vom Oktober 2024 polemisieren die Sozialisten gegen «Steuersenkungsorgien» und eine angebliche «Unterbesteuerung von Unternehmen und der Kapitalseite».¹¹² Da weiss man, was es geschlagen hat.

Tatsächlich verlangt die SP höhere Steuern für Unternehmen, vermögende Privatpersonen und das Kapital. Die Progression bei den Bundessteuern soll sowohl für juristische wie für natürliche Personen verschärft werden.

¹⁰⁸ <https://www.iwp.swiss/forschung/projekte/beschäftigung-im-öffentlichen-sektor>

¹⁰⁹ Ebd. (IWP)

¹¹⁰ <https://www.blick.ch/community/bund-veroeffentlicht-neue-lohnzahlen-leser-sind-empoert/edmhjw3>

¹¹¹ <https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2024/10/Eine-Finanzpolitik-fuer-Kaufkraft-soziale-Gerechtigkeit-und-Zukunft-2024.pdf>, S. 8

¹¹² Ebd., 14

Mehr Abgaben, weniger Abzüge

Darüber hinaus will die SP Wirtschaft und Private durch weitere Massnahmen mit Milliarden mehr belasten: Emissionsabgabe auf Börsengeschäfte verteuern, Bundeskapitalsteuer wieder einführen, Steuerabzugsfähigkeit für die Säule 3a reduzieren, Versicherungsprämienabzug reduzieren, Pendlerabzug bei der direkten Bundessteuer reduzieren.

Ab einem bestimmten Einkommen soll die Abzugsfähigkeit «komplett auf null sinken». Eine Ausnahme soll es allerdings bei diesem Milliardenabzockprogramm zulasten der Steuerzahler geben: Auf Massnahmen, «die insbesondere und überproportional Frauen und genderqueere Menschen betreffen», sei «generell zu verzichten».¹¹³ Für alle anderen männlichen Normalos bedeutet diese linke Politik: noch mehr Steuern, noch weniger Ersparnisse, noch weniger private Vorsorge, noch mehr staatlicher Zugriff auf mein Vermögen.

Klimafonds für 9 Milliarden

Nicht minder teuer ist die «Agenda 2023–2027»¹¹⁴ der Grünen. «Wir schaffen mit dem Klimafonds einen Green New Deal für die Schweiz, mit dem der Bund jährlich 0.5 bis 1 Prozent des Bruttoninlandprodukts in die ökologische Wende und in die Stärkung der Biodiversität investiert», heisst es dort.

Allein diese Forderung würde jährlich bis zu gegen 9 Milliarden Franken verschlingen (2025 betrug das BIP 881,47b Milliarden¹¹⁵). Weiter fordern die Grünen eine neue Sozialleistung namens «Einkommen für den ökologischen Wandel», höhere Sozialhilfetarife, Ergänzungsleistungen für Familien, die Einführung einer obligatorischen Krankentaggeldversicherung, einen schweizweiten gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 25 Franken pro Stunde etc. pp.

Der Raubzug auf unser Portemonnaie umfasst weiter:

- eine Flugticketabgabe;
- die Einführung einer Kerosinsteuer;
- eine Besteuerung nach Emission und Gewicht bei Autos;
- eine Erhöhung der CO₂-Abgabe auf Treibstoffe;¹¹⁶
- eine Erhöhung des Netzzuschlags beim Stromkonsum.¹¹⁷

¹¹³ Ebd., 15

¹¹⁴ <https://gruene.ch/agenda-2023#k3>

¹¹⁵ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/volkswirtschaft/volkswirtschaftliche-gesamtrechnung/bruttoinlandprodukt.html>

¹¹⁶ Ebd., 13 (Klimaplan). <https://www.srf.ch/news/schweiz/geplante-co2-abgabe-gruene-wollen-benzin-um-50-rappen-verteuern>

¹¹⁷ Klimaplan, 29

Und wo ihnen das Verteuern nicht reicht, wollen die Grünen verbieten. Nach dem Hitzesommer 2026 forderten sie ein «Sofortverbot von neuen Benzinern und Ölheizungen».¹¹⁸

Tabelle zum Raubzug auf Ihr Portemonnaie

Bereich / Forderung	Schätzung	Zeitraum / Einordnung	Grundlage/Hinweise
Klimafonds: jährlich 0,5–1 % des BIP	4,41–8,81 Mrd. Fr.	pro Jahr	Hochrechnung mit dem BIP 2025 von 881.47 Mrd. Fr.
Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens erhöhen	rund 3,5 Mrd. Fr. zusätzlich	pro Jahr	Zielvolumen knapp 6 Mrd. Fr. gegenüber 2.4 Mrd. Fr. heutiger internationaler Zusammenarbeit
13. AHV-Rente	rund 5,0 Mrd. Fr.	pro Jahr	Volk hat zugestimmt. SVP fordert Finanzierung durch Einsparungen bei Asyl, Entwicklungshilfe, Bundesanstellten – nicht durch höhere Mehrwertsteuer und Lohnabzüge.
Regelmässige Ausgleichszahlung an die EU	0.35 Mrd. Fr.	pro Jahr	Künftiger Jahresbetrag
Total direkte Kosten inklusive Programme an die EU	1.4 Mia.	Pro Jahr	
Internationale Klimafinanzierung auf mindestens 1 Mrd. US-Dollar erhöhen	grob 0.3–0.5 Mrd. Fr. zusätzlich	pro Jahr	Heutiger Beitrag 450–600 Mio. Dollar. Zielbetrag ist in US-Dollar formuliert. Exakter Mehrbetrag hängt vom Wechselkurs und von der Abgrenzung ab.
Mehrwertsteuer: +0,4 Prozentpunkte für die 13. AHV und +0,5 Prozentpunkte für die Armee	grob 3.4 Mrd. Fr. zusätzliche Belastung	pro Jahr	Lineare Hochrechnung aus 28.8 Mrd. Fr. heutigen Mehrwertsteuereinn

¹¹⁸ <https://www.telezueri.ch/zuerinews/gruene-fordern-sofortverbot-von-neuen-benzinern-und-oelheizungen-165252569>

			ahmen und dem Anstieg des Normalsatzes von 8.1 auf 9.0 %. Näherung; Mischsätze und Verhaltensänderungen nicht berücksichtigt.
Ukraine: Wiederaufbau und humanitäre Unterstützung «massiv ausbauen»	nicht beziffert; 6.08 Mrd. Fr. bisherige Unterstützung bis Ende 2025. «Massiv mehr» kann locker mehrere Milliarden mehr bedeuten.	zusätzlich; Zeitraum offen	
Mehr Kriegs- und Krisengeflüchtete aufnehmen; Resettlement-Kontingente erhöhen; Zugang zum Asylverfahren erleichtern	nicht beziffert; würden die Anzahl Asylanten und die Kosten verdoppelt, wären es allein auf Bundesebene zusätzlich 3.5 Milliarden mehr. 18,04 Mio. Fr./Jahr je 100 0 Flüchtlinge:	laufende Mehrkosten	Nicht eingerechnet sind kantonale und kommunale Kosten Asylausgaben sowie Gerichtskosten. Bundespauschale 1503 Fr. pro Monat × 12 × 1000 = 18,036 Mio. Fr. Weitere Verfahrens-, Integrations- und kantonale Kosten kommen hinzu.
Illegale Migration legalisieren und legale beziehungsweise sichere Migrationswege schaffen	nicht beziffert	laufende Mehrkosten	
Einbürgerungen erleichtern; Stimm- und Wahlrecht für Ausländer nach fünf Jahren	nicht beziffert	einmalige und laufende Verwaltungskosten	Politische und administrative Wirkung
Allgemeine Erwerbsversicherung	nicht beziffert	pro Jahr	
Nationale Sozialhilfegesetzgebung; Sozialhilfe auf 60 % des Medianlohns erhöhen	Der Medianlohn in der Schweiz beträgt rund 7000 Franken. 60% davon sind 4200 Fr.	pro Jahr	

Öffentliche Krankenkasse mit einkommensabhängigen Prämien	nicht bezifferbar	Umstellung s- und laufende Kosten	
Ausbau der öffentlichen Gesundheitsversorgung	nicht beziffert	pro Jahr	Kein konkreter Ausbauumfang genannt.
Höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege	nicht beziffert	pro Jahr	Betroffene Stellen, Lohnerhöhung und Kostenteilung fehlen.
Familienergänzende Kinderbetreuung als Service public und Teil der Grundversorgung	2,3 Mrd. Franken pro Jahr für den Bund	pro Jahr	Amtliche Referenz des Kita-Initiativmodells im ersten Jahr , bei einer Bundesfinanzierung von zwei Dritteln der Kosten. Ein weiterer Nachfrage- oder Qualitätsausbau kann zusätzliche Kosten verursachen. Quelle: Bundesrat/BSV, Botschaft Kita-Initiative, Ziff. 4.2.4, S. 35–36.
Reduktion der Erwerbszeit auf 35 Stunden pro Woche	Nicht beziffert	laufende volkswirtschaftliche Wirkung und Belastung der Arbeitgeber	Abhängig von Lohnausgleich, Produktivität, Beschäftigung und Geltungsbereich
Sozialleistungen proaktiv auszahlen und bis zu 30 % Nichtbezüger ins System holen	nicht beziffert; 2024 bezogen 256 000 Personen mind. einmal Sozialhilfe.¹¹⁹ 30% mehr Bezüger wären 76'800 mehr. Im Schnitt beträgt allein die wirtschaftliche Sozialhilfe rund 10'000 Fr. pro Person. Die Mehrbelastung betrüge demnach 0.768 Mia. 2024	pro Jahr	

¹¹⁹ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/rm/home.gnpdetail.2025-0262.html>

	wurden an bedarfsabhängigen Sozialleistungen 9.1. Mia. ausbezahlt. ¹²⁰ 30% davon wären gegen 3 Mia. Zusätzlich. Total würde diese Forderung also rund 3.7 Mia mehr kosten.		
Massiver Ausbau familienexterner Betreuung und Bildungsangebote	nicht beziffert	pro Jahr	Teilweise Überschneidung mit «Kinderbetreuung als Service public»
Ergänzungsleistungen für Familien	nicht beziffert	pro Jahr	
Höhere beziehungsweise branchenübergreifende Mindestlöhne; schweizweit mindestens 25 Fr. pro Stunde	nicht beziffert	laufende Belastung der Arbeitgeber	Volkswirtschaftliche Wirkung hängt von Lohnstruktur, Beschäftigung und Ausnahmen ab.
Mietdeckel und mehr gemeinnütziger Wohnraum	nicht beziffert	laufend	Mietdeckel ist primär Regulierung; Kosten des Wohnraumausbaus hängen von Zielbestand, Bodenpreisen und Finanzierung ab.
Weitergehende Prämientlastungen	nicht beziffert	pro Jahr	
Neue Sozialleistung «Einkommen für den ökologischen Wandel»	nicht beziffert	pro Jahr	
Höhere Sozialhilfetarife	nicht beziffert	pro Jahr	Kann sich mit der Forderung nach 60 % des Medianlohns überschneiden
Obligatorische Krankentaggeldversicherung	nicht beziffert	pro Jahr	Belastung hängt von Prämienmodell, Arbeitgeberanteil, Wartefrist und Deckung ab.

¹²⁰ <https://skos.ch/themen/sozialhilfe/news/artikel/armutsbekaempfende-sozialleistungen-anstieg-der-ausgaben>

Höhere Unternehmens-, Kapital- und Einkommenssteuern; stärkere Progression	nicht beziffert	zusätzliche Steuerbelastung	
Emissionsabgabe auf Börsengeschäfte erhöhen	nicht beziffert	zusätzliche Abgabenbelastung	
Bundeskapitalsteuer wieder einführen	nicht beziffert	zusätzliche Steuerbelastung	
Abzüge für Säule 3a, Versicherungsprämien und Pendler reduzieren oder ab bestimmten Einkommen streichen	nicht beziffert	zusätzliche Steuerbelastung	
Erbschaftssteuer von 50 % auf Nachlässe ab 50 Mio. Fr.	nicht beziffert	Zusätzliche Steuerbelastung	Vom Volk abgelehnt
Flugticketabgabe und Kerosinsteuer	nicht beziffert	zusätzliche Abgaben- und Steuerbelastung	
Fahrzeugbesteuerung nach Emission und Gewicht; CO₂-Abgabe auf Treibstoffe erhöhen	nicht beziffert	zusätzliche Belastung pro Jahr	
Netzzuschlag erhöhen	nicht beziffert	zusätzliche Belastung pro Jahr	
Sofortverbot neuer Benzin- und Ölheizungen	nicht beziffert	Investitions- und Umstellungskosten	Kosten würden vor allem Private und Unternehmen treffen.
Schuldenbremse lockern oder abschaffen	nicht beziffert	langfristiges Haushalts- und Zinsrisiko	Ermöglicht zusätzliche Verschuldung, bestimmt deren Umfang aber nicht.
Bezifferbare jährliche Zusatzbelastung – enger Kern	rund 18.3–22.9 Mrd. Fr.	pro Jahr	Klimafonds, zusätzliche Entwicklungszusammenarbeit, 13. AHV, EU-Ausgleichszahlung und grobe

			Mehrkosten der internationalen Klimafinanzierung. Keine Mehrwertsteuer und keine unbezifferten Forderungen
Bezifferbare Zusatzbelastung einschliesslich beider Mehrwertsteuererhöhungen	rund 22.5–27.1 Mrd. Fr.	pro Jahr	

Diese unvollständige Tabelle mit vielen nicht bezifferbaren und deshalb nicht berücksichtigten Forderungen vermittelt eine ungefähre Vorstellung von den Dimensionen der zusätzlichen Belastung durch die linksgrüne und heimatmüde Politik. Sie beruht ausschliesslich auf den in diesem Schwarzbuch zitierten Forderungen der Linken und Heimatmüden; tatsächlich und total würde unser Portemonnaie noch viel stärker belastet.

Geht man von einer Mehrbelastung von 20 Milliarden Franken aus, würde dies jeden Schweizer Bewohner – inklusive Babys und Kinder – rund 2'200 Franken mehr pro Jahr kosten. Eine vierköpfige Familie müssten dann im Schnitt 8'800 Franken mehr bezahlen. Natürlich trifft es in der Praxis nur diejenigen, die arbeiten gehen und Steuern zahlen – diese dafür umso mehr.

Die Mehrbelastung könnte aber locker auch das Doppelte oder Dreifache dieses Betrags ausmachen, ohne dass damit schon alle linken und heimatmüden Wünsche erfüllt wären.

Fazit

Setzen sich Grüne und Linke mit ihren unersättlichen Ansprüchen an das Gemeinwesen durch, steigen die Kosten der öffentlichen Hand ins Unermessliche. Es drohen massiv höhere Steuern und Abgaben für Private und Unternehmen. Die Verschuldung würde ebenfalls markant steigen. **Damit würde nicht nur hier und jetzt alles viel teurer, es würden auch die kommenden Generationen belastet** – unter dem Strich das Gegenteil jener «Gerechtigkeit», die sich die Linke sonst so gerne auf die Fahne schreibt.

15. Schlussfolgerung: SVP wählen, Schweiz-Zerstörung stoppen!

Dieses «Schwarzbuch» zeigt in zentralen Politikbereichen detailliert auf, wie die Linken und Heimatmüden unsere Schweiz zerstören. Sie wollen uns der EU unterwerfen – und unsere Freiheit, unsere Werte und unseren freiheitlichen Wohlstand vernichten.

Das dürfen wir nicht zulassen!

Diesem diabolisch-destruktiven Plan stellt sich die SVP mit aller Kraft entgegen. Damit unsere Schweiz stark, frei und souverän bleibt – und damit auch kommende Generationen in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben.

Wir sichern der Schweiz die Zukunft – mit 10 klaren Forderungen für das Wahljahr 2027:

- 1. Schweizer Recht statt EU-Recht!** Nein zum EU-Vertragspaket. Keine «dynamische» Übernahme von EU-Recht und EU-Bürokratie. Keine Unterstellung unter den Europäischen Gerichtshof.
- 2. Kein schleichender EU-Beitritt!** Die Schweiz bleibt eigenständig, souverän und dialogfähig nach allen Seiten. Direkte Demokratie und Föderalismus sind unser Fundament.
- 3. Zuwanderung begrenzen!** Die Masseneinwanderung stoppen. Infrastruktur, Wohnraum, Arbeitsmarkt, Sozialwerke entlasten. Schluss mit der Zubetonierung unserer schönen Landschaft.
- 4. Asylchaos stoppen!** Nur echte Flüchtlinge bleiben. Missbrauch bekämpfen, Wegweisungen konsequent vollziehen. Grenzen sichern. Asylkontingente einführen.
- 5. Sicherheit zuerst!** Kriminalität wirksam bekämpfen. Recht und Ordnung durchsetzen – für eine sichere Schweiz.
- 6. Neutralität wahren – Landesverteidigung stärken!** Kein Anschluss an ein Militärbündnis. Eigenständig und unabhängig bleiben. Unsere Armee muss wieder schlagkräftig sein und Land und Leute selbst verteidigen können.
- 7. Bezahlbare Energie statt grüner Träumereien!** Versorgungssicherheit und bezahlbare Energie für Private und Unternehmen haben Vorrang vor teuren Experimenten. Die Energiewende ist gescheitert.
- 8. Sozialwerke nachhaltig sichern!** Leistungen gezielt für Bedürftige. Missbrauch abstellen und die Finanzierbarkeit langfristig garantieren. Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Bei Asyl, Entwicklungshilfe, Verwaltung lassen sich Milliarden einsparen.
- 9. Bürger und Wirtschaft entlasten!** Weniger Steuern, Abgaben, Vorschriften, Verbote – für mehr Freiheit, Wohlstand und Arbeitsplätze.
- 10. Steuergeld verantwortungsvoll einsetzen!** Fertig mit Verschwendung. Bundesgelder müssen gezielt für unsere Bevölkerung eingesetzt werden. Ausgaben ins Ausland und für die EU sind zu begrenzen.

Darum gilt für die eidgenössischen Wahlen vom 24. Oktober 2027 wie auch für die anstehenden kantonalen Wahlen die Parole:

Wer die linken und heimatmüden Schweiz-Zerstörer stoppen will, wählt SVP!